

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfersstraße 28, I.

Nr. 3.

Hamburg, den 20. Januar 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Die im Lokalverband Hamburg vorhandene Streitfrage und wie versuchen einzelne Personen, dieselbe zu beseitigen? — Die gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen in Oesterreich. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Vollzeiliches und Gerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Vermischtes. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungsanzeigen. — Anzeigen. — Verkehrslokale. — Feuilleton.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten in Bremen vom Platz Rastens, in Lehe - Geestemünde vom Platz Förster, Cordes und Soenderop, von Star-gard i. Pommeren, in Solingen von den Plätzen Schwiderath und Herder, in Wilhelms-burg vom Platz Bendthaal, in Wolfenbüttel vom Platz Binder.

Die im Lokalverband Hamburg vorhandene Streitfrage und wie versuchen einzelne Personen, dieselbe zu beseitigen?

Der Vorstand des Verbandes deutscher Zimmerleute, Lokalverband Hamburg, hat das dringende Bedürfnis empfunden, ein Flugblatt zu verfassen, welches uns vorliegt, um dieses, wie wir annehmen müssen, unter den deutschen Zimmerleuten verbreiten zu lassen. Zweck dieses Flugblattes soll sein, die angeblich im Lokalverband Hamburg vorhandene Streitfrage klarzulegen. Inwieweit der Verfasser des Flugblattes der von ihm gewählten Ueberschrift gerecht wird, wollen wir vorläufig unberührt lassen, indem wir ja nachträglich auf das ganze Schreiben speziell eingehen werden. Nur eine Frage müssen wir hier sogleich aufwerfen: Hatte der Vorstand des Lokalverbandes Hamburg das Recht, ohne Wissen und Willen seiner Mitglieder ein derartiges Flugblatt drucken und verbreiten zu lassen? Wir müssen diese Frage entschieden verneinen. Schon lediglich deshalb, weil ein solch eigenmächtiges Handeln wahrlich nicht darnach angethan ist, etwa vorhandene Streitfragen zu beseitigen, sondern nur geeignet ist, die bereits bestehenden zu verschärfen resp. wieder andere Streitfragen in die Versammlungen hineinzutragen. Von dieser einen Seite aus betrachtet, hätte der Lokalvorstand schon ein solches Blatt im Interesse der gesamten Organisation nicht verbreiten sollen. Eine weitere Frage wäre: Wer zahlt die Kosten für den Druck, den Versand und das Porto für das Flugblatt? Wir wollen hier aber ohne Weiteres annehmen, daß diese Kosten aus der eigenen Tasche der daran beteiligten Personen gedeckt werden, wie dies wohl nicht anders zu erwarten ist. Sollte man aber von der Seite der Meinung sein, diese vollständig unberechtigter Weise ausgegebenen Gelder den Mitgliedern des Lokalverbandes Hamburg aufzuktrobieren, eventuell der Lokalkasse entnehmen zu wollen, so wird es wohl jedem Mitgliede von vornherein einleuchten, daß es nicht das Bestreben der Verfasser des Flugblattes sein kann, über vorhandene Streitfragen „Aufklärung“ zu geben, sondern wir müssen dann zu dem nothwendigen Schluß gelangen, daß es einzelnen Personen nur darum zu thun

ist, die bereits bestehende Kluft nur zu erweitern. Daß aber die Organisation als solche hiervon niemals Vortheil, sondern nur Schaden zu erleiden hat, liegt ohne Weiteres auf der Hand.

Damit aber alle Mitglieder von dem Inhalt des „Aufklärungs-Wertes“ Kenntniß erhalten, lassen wir dasselbe jetzt wörtlich folgen:

Beitrag zur Aufklärung über die angeblich im Lokalverband Hamburg vorhandene Streitfrage.

Durch die in letzter Zeit mehrfach ausgesprochenen Angriffe von Seiten auswärtiger Lokalverbände durch die Berichte im „Zimmerer“ sieht sich der unterzeichnete Vorstand veranlaßt, Nachfolgendes zur allgemeinen Aufklärung den auswärtigen Lokalverbänden zu unterbreiten. Durch die im letzten Jahre vorhandene enorme Arbeitslosigkeit machte sich im Sommer 1893 eine allgemeine Mißstimmung gegen die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Beitragsregulierung bemerkbar. Der Vorstand trug dieser Stimmung Rechnung und ließ zunächst in Bezirksversammlungen und dann in einigen regelmäßigen Mitgliederversammlungen die Mitglieder sich mit dieser Frage beschäftigen. Das Endergebnis dieser Versammlungen war, daß eine Erniedrigung der Beiträge mit 140 gegen 22 Stimmen angenommen wurde. Nebenbei lag noch ein Antrag vor, den Lokalverband Hamburg aufzulösen und bis auf Weiteres an Stelle dessen einen Fachverein für Hamburg zu gründen.

Dieser vielverschiedene Antrag hatte zum größten Theil seine Entstehung dadurch, weil von maßgebender Seite in der diesbezüglichen Bezirksversammlung erklärt wurde, daß, um eine Verringerung der Beiträge herbeizuführen, entweder eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden habe, anderenfalls müßten die Beiträge bezahlt werden, und wenn Letzteres nicht, müßte der Lokalverband Hamburg aus dem Verbandsverband austreten. In der hierauf stattfindenden Debatte, in der u. A. ausgeführt wurde, daß die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit enormen Kosten verbunden sei, andererseits aber auch die beschlossene Beitragsleistung bei dieser enormen Arbeitslosigkeit den Verlust eines großen Theiles der jetzt noch zahlenden Mitglieder zur Folge haben werde, wurde der eben erwähnte Antrag gestellt und angenommen. Dieser Antrag aus der Bezirksversammlung beschäftigte zwei regelmäßige Mitgliederversammlungen.

Leider wurde hier in der Bekämpfung dieses Antrages die Debatte mehr von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet hinüber geleitet. Man machte nicht den Antragsteller sowie die einzelnen Vertheidiger dieses Antrages für ihre Handlungsweise verantwortlich, sondern man versuchte, eine einzelne Person als Drahtzieher hinzustellen und machte dieselbe für Alles verantwortlich, was auch nur den Schein der Sympathie für diesen Antrag hatte. Nachdem nun aber der Antrag mit erdrückender Majorität abgelehnt war und die Vertheidiger desselben vor der Abstimmung erklärt hatten, sich unbedingt der Majorität zu fügen, begünstigten die Gegner dieses Antrages, geküßt auf die in ihren Händen befindende Macht (die Presse), sich nicht allein damit, sich in den Debatten im ausgiebigsten Maße vertheidigt zu haben, sondern man setzte auch noch nebenbei die Angriffe in der Presse fort. Um nun nicht auch noch die Presse zum Zummelplatz persönlicher Reibereien zu machen, blieben diese Angriffe vernünftigerweise unbeantwortet.

Da nun die diesbezüglichen von dem hiesigen Schriftführer verfaßten unparteiischen Berichte keinesfalls den Anhaltspunkt dafür bieten, welche die verschiedentlichen Angriffe auf den Lokalverband Hamburg gerechtfertigt erscheinen lassen, wie sie z. B. von Hannover in Nr. 35, von Klostod in Nr. 46 des „Zimmerer“, von Neumünster und anderen mehr erfolgt sind, so kann dieses vorhandene Vorurtheil nur durch die eben erwähnten Angriffe entstanden sein.

Einleuchtend ist aber, daß Derjenige, der dem Gang der Verhandlungen irgend einer Versammlung nicht beigewohnt hat, schwer in der Lage ist, sich ein vollständig unparteiisches Urtheil zu bilden, umsoweniger aber, wenn Beeinflussungen von irgend einer Seite stattfinden. Doch weiter. Durch das von Seiten des Hauptvorstandes in Nr. 38 bekanntgegebene Resultat in Bezug auf Ver-

schmelzung der Fachpresse fühlten sich die Mitglieder des hiesigen Lokalverbandes veranlaßt, hierzu Stellung zu nehmen, bezw. ihre Meinung zu äußern.

In diesem Punkt waren nun fast sämtliche Redner der selbstverständlichen Meinung, daß durch die Verschmelzung nicht allein bedeutende Summen Geldes zu ersparen seien, die zu Agitationszwecken verwendet werden könnten, sondern daß auch ein einheitliches Organ für sämtliche Bauarbeiter dazu beitragen werde, daß der angeblich noch vorhandene Kastengeist oder Berufsbüffel unter einem Theil der Arbeiter mehr wie jetzt beseitigt und somit in den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschaftskongresses bedeutend näher gerückt würde; ferner aber auch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, daß die organisirten Arbeiter nicht allein über das Schicksal ihrer nächsten Berufsgenossen, sondern weit über deren Grenzen hinaus orientirt sind. Auch dieses veranlaßte wiederum, daß fortgesetzt Angriffe auf den Lokalverband Hamburg erfolgten, indem man von „Projektschmiederei“, „Eingeweidelampf“ und dergleichen mehr faselte, das durch „eine Handvoll Personen“ hierorts betrieben wird.

Eigenthümlich erscheint es nun, daß man hier von einer „Handvoll Personen“ spricht, wo man andererseits doch mit Vorliebe sich auf den hierorts von der Generalversammlung gefassten Beschluß, betreffend Annahme der daselbst beschlossenen Beitragsregulierung, beruft und damals in der Versammlung kaum 10 Mitglieder mehr anwesend waren.

Dieses ist im Wesentlichen die ganze Streitfrage. Wir sind überzeugt, wenn Jeder nach dieser gegebenen Aufklärung vorurtheilslos prüft, dann auch wissen wird, ob die fortgesetzten Angriffe gerecht oder ungerechtfertigt sind. Für Hamburg ist die Streitfrage längst erledigt und würde für die auswärtigen Lokalverbände nicht mehr existieren, wenn man sich fortlaufend größerer Objektivität in unserer Presse befleißigt hätte.

Aber trogallebem werden die Mitglieder des Lokalverbandes Hamburg auch in Zukunft sich das Recht nicht nehmen lassen, ihre Meinung frei zu äußern, unbekümmert darum, ob sie regierungsfreundlich oder -feindlich ist.

Hamburg, im Januar 1894.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Der Vorstand des Verbandes deutscher Zimmerleute
Lokalverband Hamburg.

Jeder mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht genau Vertraute wird, nachdem er das Flugblatt gelesen hat, wohl ohne Weiteres sagen, es steht ja eigentlich garnichts darin, was nach dieser oder jener Seite hin Anstoß erregen könnte — sehr richtig —, aber das ist es auch gerade, daß einzelne Personen es sich in neuerer Zeit zur besonderen Aufgabe gemacht haben, innerhalb der Zimmerer-Organisation zu Hamburg entweder die wahren Thatsachen zu verdrehen oder auch vollständig zu verschweigen.

Diese Taktik wird in diesem Flugblatt vollständig in Anwendung gebracht und werden wir hierfür den Beweis sofort antreten.

Der Verfasser behauptet zunächst, „durch die im letzten Jahre vorhandene enorme Arbeitslosigkeit machte sich im Sommer 1893 eine allgemeine Mißstimmung gegen die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Beitragsregulierung bemerkbar. Der Vorstand trug dieser Stimmung Rechnung und ließ zunächst in Bezirksversammlungen und dann in einigen regelmäßigen Mitgliederversammlungen die Mitglieder sich mit dieser Frage beschäftigen.“ Diese Behauptung ist theilweise unwahr, andererseits ist dieselbe aber arg entstellt. Der wahre Sachverhalt ist kurz folgender: In der Mitgliederversammlung am 18. Juni 1893 war vom Lokalvorstand der Punkt „Ermäßigung der Beiträge“ auf die Tagesordnung gesetzt. Bei Berathung

dieses Punktes zeigte sich dann, daß ein eigentlicher Antragsteller überhaupt **nicht vorhanden war**. Der Vorstand selbst war sich nicht klar, was gemacht werden sollte. Man wollte nur einer „angeblich“ vorhandenen Mißstimmung und Unzufriedenheit der Mitglieder, speziell in Eimsbüttel, Rechnung tragen. — Aber wie? Das wußte Keiner. — Mit Recht wurde in dieser Versammlung darauf hingewiesen, daß, wenn man in Bezug auf die Beitragsleistung eine Aenderung eintreten lassen wolle, dann sei man auch verpflichtet, positive Anträge hierzu zu stellen. Dies sei aber nicht geschehen. Schließlich wurde beschlossen, um die Mißstimmung einmal genau kennen zu lernen, in den verschiedenen Stadttheilen Hamburgs Versammlungen abzuhalten, welche sich des Näheren mit der angeregten Frage beschäftigen sollten.

Also nicht der Vorstand trug dieser Stimmung Rechnung usw., sondern der Vorstand war hierzu auf Grund des Beschlusses verpflichtet. Dies ist aber doch wesentlich etwas ganz Anderes, als in dem Flugblatt gesagt wird. Auch war nicht das Endergebnis dieser Versammlungen, daß eine Erniedrigung der Beiträge mit 140 gegen 22 Stimmen angenommen wurde, sondern das Endergebnis war, daß die Mitgliederversammlung am 15. August folgenden Antrag annahm: „Der Hauptvorstand hat sofort mit dem Ausschuss in Verbindung zu treten zwecks Erniedrigung der Beiträge. Ueber das Ergebnis ist in nächster Versammlung Bericht zu erstatten.“ Warum bleibt man also nicht hübsch, wie es sich doch gehört, bei der Wahrheit? Der Antrag des Ausschusses und Vorstandes, die Beitragsregulierung betreffend, wurde erst in der Versammlung am 19. September mit 140 gegen 22 Stimmen angenommen. Wir sehen also, daß es auf ein Wischen Verdrehung garnicht ankommt. Aber nicht umhin können wir, hier bemerken zu müssen, daß gerade diejenigen, welche den am 15. August gestellten und angenommenen Antrag vertheidigten resp. gestellt haben, den Ausschuss und Vorstand in der Versammlung am 5. September des Vertragsbruches beschuldigt. Doch dies so nebenbei.

Richtig ist, daß diese Bezirksversammlungen einen Antrag zeitigten, nach welchem der Lokalverband Hamburg aufzulösen und an dessen Stelle ein lokaler Fachverein zu gründen sei. Aber nicht richtig ist, daß dieser Antrag daraus entsprungen ist, weil, wie man sagt, von maßgebender Seite gesagt worden sein soll: „Entweder es muß eine Extra-Generalversammlung einberufen werden, oder auch der Lokalverband Hamburg müsse aus dem Verbands austreten.“ Nein, dieser Antrag war längst vorher geplant. Man wartete nur auf einen günstigen Augenblick; denn aus den späteren Berichten von Hamburg geht klar und deutlich hervor, daß der Antrag-

steller auf Gründung eines Fachvereins, wie auch die Vertheidiger dieses Antrages, öffentlich erklärten, **nach wie vor** für eine Lokalorganisation wirken zu wollen.

Daß nun dieser Antrag in Hamburg, wo derselbe mit bedeutender Majorität gegen 16 Stimmen abgelehnt wurde, große Entrüstung unter den Mitgliedern hervorrief, beweisen am besten die verschiedenen Berichte über die Bezirksversammlungen, selbst Eimsbüttel nicht ausgenommen; denn wenn man in Betracht zieht, daß von za. 150 Anwesenden in dieser Versammlung 43 für und 5 Stimmen gegen die Gründung eines Fachvereins abgegeben wurden, während sich za. 100 der anwesenden Kameraden überhaupt ihrer Stimme enthielten, so läßt dies tief blicken.

Auch ein Theil anderer Lokalverbände in Deutschland mußte sich über das Vorgehen einzelner Personen hier selbst entrüsten, weil man das Gebahren dieser Leute aus den Berichten erkannt hatte. Daß hierbei vielleicht manch hartes Wort gefallen ist, wollen wir nicht verkennen. Wenn man aber aus Erfahrung weiß, wie von dieser Seite gearbeitet wurde **und noch wird**, so kann man diese Entrüstung leicht begreifen; wir können nur noch hinzufügen, daß eine derartige Handlungsweise nicht scharf genug gerügt werden kann. Daß die Debatte über den Antrag auf Auflösung des Lokalverbandes Hamburg und in Bezug auf die Verschmelzung der Presse nicht immer eine sachliche war, ist nur zu wahr. Nur verdreht der Verfasser des Flugblattes auch hier wieder in unverantwortlicher Weise, denn gerade die Antragsteller und Vertheidiger dieser Anträge waren es, deren Mund von Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die leitenden Personen sowie gegen unsere Presse immer und immer überlief. Wurde nicht gerade heraus erklärt, „wenn wir nur bloß erst aus den Händen dieser Personen (der leitenden) befreit wären?“ Obwohl man nicht im Stande ist, auch nur das Geringste gegen dieselben vorzubringen. Hätten aber die leitenden Personen des Verbandes nicht die Pflicht, für die Zentralisation einzutreten? Wir sagen ja; dies ist geschehen, und zwar in sachlicher Weise. In welcher Weise aber diejenigen Personen ihre abgegebene Erklärung, „daß sie sich der Majorität fügen würden“, halten — beweist die Herausgabe des Flugblattes.

Wenn weiter gesagt wird, daß die Angriffe in der Presse gegen einzelne Personen fortgesetzt werden, so entbehrt dies jeglicher Begründung. Die Presse hat lediglich so gearbeitet, wie ihr von der Generalversammlung aufgetragen ist, zu wirken im Sinne der Zentralisation. Unwahre Behauptungen, Entstellungen und Bestrebungen, welche darauf hinzielten, unsere Organisation zu unterwühlen, mußten von derselben richtig gestellt

resp. auf das Entschiedenste bekämpft werden. Dies war ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. Trotzdem sind die Grenzen der Sachlichkeit im Allgemeinen nicht überschritten worden. Daß einzelne Personen jede gedruckte Zeile auf sich beziehen, dafür kann doch die Presse nicht. Thatsache ist aber, daß heute gewisse Personen überall Gespenster sehen und sich schließlich vor ihrem eigenen Schatten fürchten.

Der Lokalvorstand ist dann im Weiteren der Meinung, „daß die unparteiischen Berichte des hiesigen Schriftführers den Anhaltspunkt für die verschiedenen Angriffe auf den Lokalverband Hamburg nicht gerechtfertigt erscheinen lassen, es kann dies vorhandene Vorurtheil also nur durch die oben erwähnten Angriffe (durch die Presse) entstanden sein.“ Ja, ein ganzes Duzend dieser unparteiischen Berichte könnten wir vorlegen, welche vollständig parteiisch sind. Ja, daß diese „unparteiischen“ Berichte recht oft zu unliebsamen Erörterungen in den Versammlungen führten, weiß jedes hiesige Mitglied. Der Schriftführer aber wurde in seinen vielfachen irrthümlichen Ansichten von gewissen Personen auf's Aeußerste unterstützt. Dies scheint alles Lebenssache für den Lokalvorstand zu sein, denn sonst würde er nicht unsere Presse oder die führenden Personen für die Berichte von Hannover, Rostock usw. verantwortlich machen wollen. — Nun, wir wissen ja warum. Weil eben System in der Sache liegt.

Zum Schluß erlaubt sich der Lokalvorstand dann noch einmal, das im „Zimmerer“ Nr. 38 bekannt gegebene Resultat in Bezug auf die Verschmelzung der Presse heranzuziehen. Dies Resultat ist hoffentlich allen Mitgliedern bekannt, so daß wir wohl nicht nöthig haben, hierauf des Näheren einzugehen. Man muß aber wirklich staunen. Es wird den Mitgliedern durch ihre Presse klargelegt, daß wir diesen oder jenen Auftrag haben. Ihr habt uns selbigen ertheilt. Der Ausschuss und Vorstand hat diese Aufträge nochmals erörtert und dann Wege eingeschlagen, um die Aufträge zu erledigen. Wir theilen Euch das Resultat dieser Verhandlungen mit, um zu zeigen, daß wir unsere Pflicht gethan haben. Einzelne Personen beginnen den Lärm aber trotzdem auf's Neue. Man macht den zunächst daran beteiligten Personen den Vorwurf, daß sie ein persönliches Interesse daran hätten, daß ihre Existenz in Gefahr schweben usw., wenn eine Verschmelzung der Presse zur Thatsache würde. Nun sucht der Vorstand dieses noch zu beschönigen und sich als den Bekränkten hinzustellen. Sie waren es nicht nach dem Flugblatt und sind es ja auch niemals gewesen, welche in der Diskussion persönlich wurden. Währenddem gerade von jener Seite in dieser Beziehung ziemlich viel geleistet worden ist.

Auf eine Unwahrheit wollen wir noch kurz

Die Anarchisten.

II.

Am Schluß unseres ersten Artikels verwiesen wir darauf, daß die „ordnungsliebenden“ Feinde der Sozialdemokratie diese mit den Anarchisten in einen Topf werfen, weil beide Richtungen sich durch Revolution die Erreichung ihrer Ziele versprechen. Sehen wir nun zunächst, in welchem Sinne die Sozialdemokratie revolutionär ist. Dieses wird vom Genossen Kautsky recht treffend in der „Neuen Zeit“ klargelegt. Wir geben daher dessen Ausführungen hier wieder:

„Wir sind Revolutionäre, und zwar nicht bloß in dem Sinne, in dem die Dampfmaschine ein Revolutionär ist. Die soziale Umwälzung, die wir anstreben, kann nur erreicht werden mittelst einer politischen Macht durch das kämpfende Proletariat. Und die bestimmte Staatsform, in der allein der Sozialismus verwirklicht werden kann, ist die Republik, und zwar im landläufigsten Sinne des Wortes, nämlich die demokratische Republik.“

„Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine revolutionen machende Partei. Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch garnicht ein, eine Revolution anzuführen oder vorbereiten zu wollen. Und da die Revolution nicht von uns willkürlich gemacht werden kann, können wir auch nicht das Mindeste darüber sagen, wann, unter

welchen Bedingungen und in welchen Formen sie eintreten wird. Wir wissen, daß der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht enden wird, ehe nicht das letztere in den vollen Besitz der politischen Macht gelangt ist, die es dazu benutzen wird, die sozialistische Gesellschaft einzuführen. Wir wissen, daß dieser Klassenkampf immer ausgebehnter und intensiver werden muß; daß das Proletariat an Zahl und moralischer und ökonomischer Kraft immer mehr wächst, daß daher sein Sieg und die Niederlage des Kapitalismus unausbleiblich ist, aber wir können nur höchst vage Vermuthungen darüber haben, wann und wie die letzten entscheidenden Schlachten in diesem sozialen Krieg geschlagen werden.“

„Da wir über die Entscheidungsschlachten des sozialen Krieges nichts wissen, können wir natürlich ebenjowenig sagen, ob sie blutige sein werden, ob die physische Gewalt eine bedeutende Rolle in ihnen spielen oder ob man sie ausschließlich mit den Mitteln ökonomischer, legislativer und moralischer Pression ausfechten wird.“

„Man kann aber wohl sagen, daß alle Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß in den revolutionären Kämpfen des Proletariats die Mittel letzterer Art über die der physischen, das heißt militärischen Gewalt mehr überwiegen werden, als dies in den revolutionären Kämpfen der Bourgeoisie der Fall war.“

„Der eine Grund, warum die kommenden revolutionären Kämpfe seltener durch militärische Mittel ausgefochten werden dürften, liegt, und das ist schon des Deftesten ausgeführt worden, in der kolossalen Ueberlegenheit der Bewaffnung der heutigen staatlichen Armeen über die Waffen, die dem „Bivil“ zu Gebote stehen und

die jeden Widerstand des letzteren in der Regel von vornherein ausschließlos machen.“

„Dagegen stehen heute den revolutionären Schichten bessere Waffen des ökonomischen, politischen und moralischen Widerstandes zu Gebote, als denen des vorigen Jahrhunderts. Nur Rußland macht davon eine Ausnahme.“

„Die Koalitionsfreiheit, die Pressefreiheit und das allgemeine Wahlrecht (unter Umständen auch die allgemeine Wehrpflicht) stellen aber nicht bloß Waffen dar, die das Proletariat der modernen Staaten vor den Klassen voraus hat, welche die revolutionären Kämpfe der Bourgeoisie ausfochten; diese Einrichtungen verbreiten auch über die Machtverhältnisse der einzelnen Parteien und Klassen und über den Geist, der sie befeuert, ein Licht, welches zur Zeit des Absolutismus fehlte.“

„Damals tapteten die herrschenden Klassen ebenso wie die revolutionären im Dunkeln herum. Da jede Aeußerung einer Opposition unmöglich gemacht war, konnten weder die Regierungen noch die Revolutionäre ihre Kräfte kennen. Jede der beiden Parteien war ebenso der Gefahr ausgesetzt, sich zu überschätzen, so lange sie sich nicht im Kampf mit dem Gegner gemessen hatte, wie sich zu unterschätzen, sobald sie eine einzige Niederlage erlitten hatte, und dann die Spitze in's Korn zu werfen. Dies ist wohl einer der wichtigsten Gründe, warum in die Zeit der revolutionären Bourgeoisie so viel Putzschüsse fielen, die mit einem Schlag niedergeworfen, so viele Regierungen, die mit einem Schlag gestürzt wurden, daher die Aufeinanderfolge von Revolution und Contre-Revolution.“

hinweisen. In dem Flugblatt wird gesagt: „daß man sich mit Vorliebe auf die hiesige Versammlung beruft, welche den Beschluß der Generalversammlung in Bezug der Beitragsregulierung anerkannt hat, wo doch kaum noch zehn Mitglieder anwesend waren.“ Dies ist nicht zutreffend. Ganz abgesehen davon, daß in einer Versammlung hier selbst noch niemals Beschlüsse gefaßt resp. anerkannt sind, in welcher kaum zehn Mitglieder anwesend waren. Nein, berufen wurde sich nur auf die Versammlung, wo damals die der Generalversammlung vorzulegenden Anträge diskutiert wurden. Diese Versammlung war aber sogar ziemlich zahlreich besucht, und wurde der Antrag bezüglich der Beitragsregulierung mit sehr großer Majorität angenommen. Nur beschloß dieselbe Versammlung, die Prozente für die Lokalkasse möglichst von 25 auf 35 zu erhöhen.

Wäre nun wirklich das in ihrem vom Lokal-Vorstand Dargelegten die ganze Streitfrage, so würde überhaupt der ganze Streit schon längst beseitigt sein. Die eigentliche Ursache der ganzen Streitfrage wird aber wohlweislich verschwiegen. Wir haben deshalb auch keine Veranlassung, hier auf dieselbe weiter einzugehen.

Die Objektivität unserer Presse ist bis dahin als eine gute zu bezeichnen. Nur möchten wir den Wunsch aussprechen, daß man sich von jener Seite einer größeren Objektivität befleißigen möge.

Zum Schluß noch Eins. Der Vorstand des Lokalverbandes Hamburg besteht nicht, wie es der § 12 unseres Statuts vorschreibt, aus sechs, sondern nur aus fünf Personen. Von diesen ist einer erst seit kaum 4 Wochen in den Vorstand eingetreten. Dann aber glauben wir wohl mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß nicht sämtliche Vorstandsmitglieder ihr Wort zur Herausgabe eines Flugblattes hergegeben haben.

Wir erwähnen dieses nur, um den Mitgliedern im übrigen Deutschland zu zeigen, daß es nur 3, höchstens 4 Personen sind, welche über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg ein derartiges Werk in Szene setzen. Leid thut es uns, daß wir uns in diesem Falle mit dem gesamteten Vorstand beschäftigen müssen, weil ja dieser das Flugblatt mit seinem Namen deckt. Wir bitten diejenigen Mitglieder des Lokalverbandes, welche nicht mit der Herausgabe des Flugblattes einverstanden sind, dies in Betracht ziehen zu wollen.

Anerkannt haben wir stets und werden dies auch ferner thun, wenn ein oder mehrere Mitglieder anderer Meinung wie ihre leitenden Personen vielleicht in dieser oder jener Frage sind. Aber dann soll man seine Meinung auch frei und offen aussprechen. Dies thut ein jeder ehrlich kämpfende Mann, der eine Ueberzeugung hat. Wir aber glauben ein Recht zu haben, dieses verlangen zu dürfen.

Wir haben zu wiederholten Malen aufgefördert,

endlich die Streitart ruhen zu lassen. Aber vergeblich. Man macht Opposition, nicht aus Ueberzeugung, sondern man betreibt diese systematisch aus anderen Gründen. Dagegen aber haben wir die Pflicht, so lange wir auf dem uns angewiesenen Posten stehen, im Interesse des Verbandes, im Interesse der deutschen und speziell der Hamburger Zimmerer entschieden Verwahrung einzulegen.

Der Verbands-Vorstand.

Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Oesterreich.

In Oesterreich sind schon in den siebziger Jahren Organisationsversuche unternommen, dieselben sind aber so gut wie alle gescheitert. Die Ursache des Scheiterns waren hauptsächlich die traurigen politischen Zustände. Obwohl der gesetzliche Boden für diese Organisationen in den Staatsgrundgesetzen und auch im Vereinsgesetz vorhanden ist, sind dieselben doch von der „brutalen Exekutive niedergedrumpelt“ worden, wie die „Arbeiterzeitung“ schreibt. Daneben ist der Umstand sehr hinderlich, daß Oesterreich aus mehreren Nationen besteht, also daß mehrere Sprachen üblich sind, und schließlich haben auch Vorgänge im Innern die Entwicklung gelähmt und wiederholt mit vieler Mühe aufgebaute Organisationen gesprengt.

Der Hauptsache nach bestehen die Organisationen erst seit 1889. Seit dieser Zeit haben sich dieselben erfreulicher Weise sehr rasch entwickelt. Eine diesbezügliche statistische Erhebung der dortigen Gewerkschaftskommission zeigt, daß zu Anfang des Jahres 1892 136 Gewerkschaftsorganisationen mit zusammen 31 522 Mitgliedern bestanden. Seit jener Zeit haben die Organisationen sowohl, wie deren Mitgliederzahl, ganz erheblich zugenommen. „Es verging kein Monat, wo nicht neue Organisationen zusammen,“ melden die dortigen Arbeiterblätter, indessen liegen feste Zahlen darüber nicht vor.

Die Leistung der Organisationen ist erklärlicher Weise noch ziemlich gering, es kommt, wie das im Anfangsstadium nicht anders sein kann, hauptsächlich darauf an, überhaupt Arbeiter zusammen zu bekommen. Dazu kommt noch, daß sich die Organisationen, nach dem Buchstaben der Gesetze und durch die famose österreichische Gesetzeshandhabung, mit Streikfonds direkt nicht befassen dürfen. Dieses muß durch Vertrauenspersonen gehandhabt werden. Also neben sehr geringen materiellen Unterstützungen der Mitglieder auf der Reise oder in sonstigen Nothfällen, verbleibt den Organisationen direkt nur die Besprechung und Berathung der gewerblichen Zustände und was damit zusammenhängt.

Die oben angeführte Zahl der Organisationen verräth schon, daß in Oesterreich die Lokal-

Organisationsform noch die Regel bildet. Obwohl sich viele Vereine den Anschein durch ihren Namen geben, als ob sich ihre Sphäre über ein ganzes Kronland erstreckt, gehören denselben doch meist nur Mitglieder an, die am Orte wohnen resp. arbeiten, wo der Verein seinen Sitz hat. Zweigvereine resp. Filialen bestehen so gut wie garnicht. Uebrigens konzentriert sich die größte Anzahl der organisirten Arbeiter in Wien; nach der oben erwähnten Statistik kommen von den angegebenen 31 522 organisirten Arbeitern 20 202 allein auf diese Stadt und die damit verbundenen Vororte.

Der Zusammenhalt der einzelnen Vereine wird hauptsächlich durch die verschiedenen Fachzeitungen hergestellt. Diese Zeitungen fristen freilich auch nur ein bescheidenes Dasein, weil sie zunächst auf Abonnenten angewiesen sind und Subventionen so gut wie garnicht beziehen, weil größere Fonds überhaupt nicht vorhanden sind. Der Opfermuth für solche Waffen muß in weiten Kreisen unter unseren österreichischen Brüdern erst noch geweckt werden, vorerst ist es nur eine kleine Anzahl Personen, die Opfer oft in ziemlicher Höhe bringen. Denn erfahrungsmäßig sind die Abonnenten der Fachzeitungen auch diejenigen, welche die statutenmäßigen Beiträge voll leisten, alle Versammlungen besuchen und die engere Agitation betreiben. Wir hoffen natürlich zuversichtlich, daß sich der Kreis dieser Pioniere bald erweitert. Für Bauhandwerker ist vielleicht noch interessant, zu bemerken, daß in Oesterreich für diese Branche zwei Zeitungen erscheinen, die „Bauarbeiter-Zeitung“ in Wien und „Der Steinmetz“ in Budapest, dieser wird in zwei Sprachen gedruckt, deutsch und tschechisch.

Neben den eigentlichen Gewerkschaftsorganisationen bestehen auch noch eine größere Anzahl „Arbeiter-Bildungsvereine“, die besonders in den Provinzstädten meist nur einen rein gewerkschaftlichen Charakter tragen. Dieselben sind auch alle älteren Datums als die Fachvereine, sie umfassen Arbeiter aller Gewerbe, mindestens lassen dies ihre Statuten zu. An einzelnen Orten scheint gewissermaßen eine Gespanntheit zwischen beiden Kategorien zu bestehen, und das ist eigentlich ungemein leicht zu erklären. Wir haben es hier eben mit den ersten Entwicklungsstadien der Organisationen zu thun.

Zwischen der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und den Gewerkschaften besteht ein sehr gutes Verhältniß. Es giebt keinen tüchtigen Gewerkschaftler, der nicht Sozialdemokrat wäre, und es giebt keinen Sozialdemokraten, der es nicht als seine erste Verpflichtung ansehen würde, die gewerkschaftliche Bewegung mit aller Kraft zu fördern. Die politische und die gewerkschaftliche Organisation des österreichischen Proletariats ist eine Zweieinigkeit, welche untrennbar und unzerreißbar ist, wie die Zwei-

Ganz anders heute, wenigstens in Ländern mit einigermaßen demokratischen Institutionen. Man hat diese Institutionen das Sicherheitsventil der Gesellschaft genannt. Wenn man damit sagen will, daß das Proletariat in einer Demokratie aufhört, revolutionär zu sein, daß es sich damit zufrieden giebt, seiner Enttäuschung und seinen Leiden öffentlich Ausdruck zu geben, und daß es auf die politische und soziale Revolution verzichtet, dann ist diese Benennung falsch. Die Demokratie kann die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft nicht beseitigen und deren notwendiges Ergebnis, den Umsturz dieser Gesellschaft, nicht aufhalten. Aber Eines kann sie: sie kann nicht die Revolution, aber sie kann manden verfrühten, aussichtslosen Revolutionsversuch verhüten und manche revolutionäre Erhebung überflüssig machen. Sie verschafft Klarheit über die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen; sie beseitigt nicht deren Gegensätze und verschiebt nicht deren Endziele, aber sie wirkt dahin, die aufstrebenden Klassen zu hindern, daß sie sich jenseits an die Lösung von Aufgaben machen, denen sie noch nicht gewachsen sind, und sie wirkt auch dahin, die herrschenden Klassen davon abzuhalten, Konzeptionen zu verweigern, zu deren Verweigerung sie nicht mehr die Kraft haben. Die Richtung der Entwicklung wird dadurch nicht geändert, aber ihr Gang wird fetter, ruhiger. Das Vordringen des Proletariats in den Staaten mit einigermaßen demokratischen Institutionen wird nicht durch so auffallende Siege bezeichnet, wie das der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit, aber auch nicht durch so große Niederlagen. Seit dem Erwachen der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in

den sechziger Jahren hat das europäische Proletariat nur eine große Niederlage erlebt, in der Pariser Kommune 1871. Damals litt Frankreich noch an den Folgen des Kaiserreichs, das dem Volke wahrhaft demokratische Institutionen vorenthalten hatte, das französische Proletariat war erst zum geringsten Theil zum Selbstbewußtsein gelangt, und der Aufstand war ihm aufgezwungen worden.

Die demokratisch-proletarische Methode des Kampfes mag langweiliger erscheinen, als die der Revolutionszeit der Bourgeoisie; sie ist sicher weniger dramatisch und effektvoll, aber sie erfordert auch weit weniger Opfer. Das mag einem schöngeistigen Literatenthum sehr gleichgültig sein, das in Sozialismus macht, um einen interessanten Sport und interessante Stoffe zu finden, nicht aber Jenen, die den Kampf wirklich zu führen haben. *)

*) „Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Regenhammer ergaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen . . . kritisieren beständig sich selbst. (Marx, der 10. Brumaire, S. 4.) Bei der Vergleichung der bürgerlichen mit der proletarischen Revolution hat Marx 1852 natürlich den Einfluß der demokratischen Institutionen auf diese noch nicht in Betracht ziehen können.

„Diese sogenannte friedliche Methode des Klassenkampfes, die sich auf die unmittelbaren Mittel, Parlamentarismus, Streiks, Demonstrationen, Presse und ähnliche Pressionsmittel beschränkt, hat in jedem Lande umso mehr Aussicht, beibehalten zu werden, je wirksamer dort die demokratischen Institutionen sind, je größer die politische und ökonomische Einsicht und die Selbstbeherrschung der Bevölkerung.“

„Von zwei Gegnern wird jedoch unter sonst gleichen Umständen derjenige am ehesten kaltes Blut bewahren, der sich dem anderen überlegen fühlt. Wer dagegen an sich und seine Sache nicht glaubt, verliert nur zu leicht die Ruhe und die Selbstbeherrschung.“

„In allen Ländern der modernen Kultur ist aber das Proletariat diejenige Klasse, die am meisten an sich und an ihre Sache glaubt. Dazu braucht sie sich gar keinen Zulusionen hinzugeben; sie braucht nur die Geschichte des letzten Menschenalters zu betrachten, um zu sehen, wie sie überall in ununterbrochenem Fortschreiten begriffen ist; und sie braucht nur die heutige Entwicklung zu verfolgen, um daraus die Gewißheit zu schöpfen, daß ihr Sieg unabwendbar ist. Es ist daher nicht zu erwarten, daß das Proletariat in einem der Länder, in denen es höher entwickelt ist, seine Ruhe und seine Selbstbeherrschung so leicht verlieren und eine Politik der Abenteuer inauguriert wird. Umsonst wird das zu erwarten sein, je größer gleichzeitig die Bildung, die Einsicht der Arbeiterklasse ist und je demokratischer der Staat.“

„Nicht dieselbe Zuversicht kann man dagegen den herrschenden Klassen entgegenbringen. Sie fühlen und

einigkeit der politischen und wirtschaftlichen Ziele des Proletariats. Diese unumstößliche und für jedes Auge klare Tatsache kam auf jedem der drei sozialdemokratischen Parteitage und kam auch wieder auf dem ersten gewerkschaftlichen Kongress zur Erscheinung. Kein Parteitag verging, ohne daß die Erörterung der Mittel, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung gebildet hätte; und der Gewerkschafts-Kongress konnte nicht vorbeigehen, ohne daß die Nothwendigkeit der Erringung politischer Rechte, insbesondere des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die gewerkschaftliche Bewegung und die Nothwendigkeit der Beseitigung aller Hemmnisse für die freie Entwicklung, also aller Ausnahmezustände, auf's Schärffste zum Ausdruck gekommen wäre. Die politische und gewerkschaftliche Organisation sind jede für sich eine Halbheit, zusammen ergeben sie die Klassenorganisation des Proletariats.

Für die Arbeiter in Deutschland haben die österreichischen Gewerkschaftsorganisationen zunächst ein sehr großes materielles Interesse, weil größere Landesgebiete gegenwärtig noch von „billigen“, besonders böhmischen Arbeitern überschwemmt werden, was ganz besonders in Sachsen der Fall ist. In Deutschland selbst ist es so gut wie garnicht möglich, an diese Arbeiter heranzukommen. Da werden uns unsere österreichischen Bruderorganisationen sehr werthvolle Dienste leisten, indem sie für Aufbesserung der Arbeiterverhältnisse in den Orten und Gegenden sorgen, von wo die deutschen Ausbeuter jetzt noch die Lohnrücker beziehen. Ferner werden die Organisationen auch dafür sorgen, daß die Arbeiter, die trotzdem noch gezwungen sind, über die Grenze zu wandern, um Arbeit zu suchen, mit Klassenbewußtsein besetzt werden, damit sie hier nicht mehr als willige Lohnrücker, sondern als wackere Soldaten im Proletarierheere erscheinen. Schließlich ist der gegenwärtige Stand der österreichischen Gewerkschaftsorganisation auch ein ziemlich getreuer Tugendspiegel für uns, außerordentlich lehrreich, besonders bei dem nicht endenwollenden Experimentieren mit den Organisationen. Viele, die hier in Deutschland meinen, sie wollen mit ihren Rezepten den Fortschritt bewirken, können sich durch einen einzigen Blick auf die österreichischen Gewerkschaftsorganisationen überzeugen, daß ihre Anwandlungen nur Kinderkrankheiten sind, die sich unglücklicher Weise bei Halberwachsenden oft wiederholen. Wir werden daher noch öfter auf unsere österreichischen Bruderorganisationen zu sprechen kommen.

Berichte.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 2. Januar 1894. Zunächst beantragt Schrader, daß die Protokolle in schriftlicher Abfassung zur Verlesung zu bringen seien.

sehen, daß sie von Tag zu Tag schwächer werden, sie werden immer nervöser und ängstlicher und daher auch unberechenbarer. Immer mehr und mehr gerathen sie in eine Stimmung, in der man darauf gefaßt sein muß, daß sie plötzlich ein Anfall von Tollwuth erfährt, in dem sie voll blinder Raserei sich auf den Gegner stürzen, um ihn niederzuschlagen, unbekümmert um alle die Wunden, die sie dadurch der ganzen Gesellschaft und sich selbst zuziehen, und um alle die heillosen Verwüstungen, die sie anrichten.

„Die politische Situation des Proletariats läßt erwarten, daß es so lange als möglich versuchen wird, mit der Anwendung der eben erwähnten „gefeglichen“ Methoden allein auszukommen. Die Gefahr, daß dies Streben durchkreuzt wird, liegt vornehmlich in der nervösen Stimmung der herrschenden Klassen.

„Die Staatsmänner der herrschenden Klassen wünschen zumeist, daß ein derartiger Tobuchtsanfall womöglich nicht bloß der herrschenden Klassen allein sondern auch der gesamten indifferenten Massen sich baldigt einstelle, ehe noch die Sozialdemokratie stark genug ist, ihm Widerstand zu leisten. Das bietet ihnen noch die einzige Aussicht, den Sieg der letzteren wenigstens um einige Jahre hinauszuschieben. Wohl spielen sie in diesem Fall va banque, denn wenn es der Bourgeoisie nicht gelingt, in diesem Wuthanfall das Proletariat niederzuwerfen, dann bricht sie nur um so schneller erschöpft zusammen und die Sozialdemokratie triumphiert um so früher. Aber die Politiker der herrschenden Klassen sind eben zum großen Theil in einer Stimmung, in der sie glauben, es bleibe ihnen nichts mehr übrig, als Alles auf eine Karte

Dieses wurde angenommen. Sodann nahmen die Wahl zu Thürkontrolleuren Schulz und Schoop freiwillig an. Zur Ausarbeitung einer Lohnkarte für das Jahr 1894 wurde in einer längeren eingehenden Debatte von mehreren Rednern hervorgehoben, daß es immerhin förderlich sei, mit einer Forderung an die Urteiler heranzutreten. Vor Allem sei auf Forderungen bezüglich der Arbeitsordnung Bedacht zu nehmen. Auch sei es durch eine 1½ stündige Mittagspause im Sommer einem erheblichen Theil der Arbeiter möglich, ihr Mittagsmahl zu Hause einzunehmen. Andererseits wurde betont, auf neue Forderungen weniger Gewicht zu legen, sondern dahin zu wirken, daß der bestehende Tarif in allen Theilen aufrecht erhalten, beziehungsweise nachdrücklich gefordert werde, demselben anhaftende Mängel und Uebelstände zu beseitigen. Ferner sei auch zu erwägen, ob sich nicht noch Veränderungen betreffs der mitteleuropäischen Zeit, soweit diese auf die Arbeitszeit in den kommenden Monaten Bezug habe, zweckmäßig erweisen würde. Beschlossen wurde, der in einer zu diesem Zweck stattfindenden öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung eventuell zu wählenden Kommission die Ausarbeitung einer einheitlichen Lohnkarte für das Jahr 1894 zu übertragen. Dann wurde die Aufnahme einer allgemeinen Arbeitslosenstatistik im Zimmergewerbe des Nördens diskutiert. Allseitig wurde der unschätzbare Werth dieser Statistik hervorgehoben, um die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe während der Wintermonate festzustellen, und aus dem gewonnenen Material Berechnungen anstellen zu können, ob es möglich ist, die arbeitslosen Mitglieder in den Wintermonaten gänzlich von den Verbandsbeiträgen zu entbinden, und schließlich, um festzustellen, ob es durchführbar ist, wie verschiedentlich geplant wird, eine arbeitslosen-Unterstützung für die Wintermonate einzuführen. Besagte Statistik zur Ausgabe gelangen zu lassen, fand einstimmige Annahme. Diese Angelegenheit soll aber nochmals auf die Tagesordnung gesetzt werden. Hierauf folgte Berichterstattung vom Gewerkschaftskartell. Gleichzeitig wurde befürwortet, da bezüglich der Kontrollmarke des Bremer Tabakarbeiter-Vereins hieselbst getheilte Ansichten herrschen, einen Referenten und einen Korreferenten darüber zu hören. Die Wahl der Delegationen zum Kartell soll auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Sodann bringt Böhm die Zentralherberge in Erinnerung und wünscht, daß diese auch kontrollirt wird. Ein anderes Mitglied weist darauf hin, wie ein Arbeitgeber geschickt das Bezahlen der Ueberstunden zu umgehen wüßte, indem derselbe es einzurichten verstände, daß diese Stunden zwischen die Zeit von 6 bis 6 Uhr fielen. Der Name blieb jedoch ungenannt. Pagels fragt an, ob es nicht angängig sei, daß auf unseren Verbandsplakaten statt des Namens des Lokalfassirers der des betreffenden Bezirksfassirers vermerkt wird. Dieses wird in bejahendem Sinne beantwortet. Hierauf Schluß der Versammlung.

Machin. Am 30. Dezember tagte unsere regelmäßige Lokalverbands-Versammlung, die mit der der Krankentassen-Filiale zusammenfiel. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und die Beiträge erhoben waren, wurde der Krankentassenvorstand neu gewählt. Aus der Wahl gingen hervor: Kamerad Nieß als Vorsitzender, Kamerad Krüger als Kassirer, Kamerad Penge als Schriftführer und die Kameraden Guischow und Fink als Revisoren. Dann legte der Vorsitzende in trefflichen Ausführungen die Vortheile der Zentral-Krankentasse gegenüber der Ortskrankentasse klar und ersuchte die Kameraden, die der Zentralkasse noch nicht angehören, dieser beizutreten. Nachdem wurden einem kranken Mitgliede, Kamerad Bollert, M. 15 Unterstützung aus unserer Vergütungskasse bewilligt. Ein Gesuch des Gewerkschaftskartells wurde jedoch abgelehnt. Dann wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

München. Der hiesige Lokalverband hielt am 7. Januar seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Nachdem das Protokoll der vorhergehenden Versammlung

zu lesen. Sie wollen den Bürgerkrieg provozieren aus Angst vor der Revolution.

„Die Sozialdemokratie dagegen hat nicht nur keine Ursache, sich zu einer solchen Politik der Verzweiflung zu bekennen, sie hat vielmehr alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der Tobuchtsanfall der Herrschenden, wenn er schon unvermeidlich sein sollte, wenigstens so weit als möglich hinausgeschoben wird, damit er erst eintritt, wenn das Proletariat kraftvoll genug geworden ist, den Rasenden ohne Weiteres niederzuschlagen und zu bändigen, so daß dieser Anfall der letzte ist, und die Verheerungen, die er anrichtet, die Opfer, die er kostet, möglichst gering sind.

„Sie muß daher Alles vermeiden, ja bekämpfen, was eine zwecklose Provokation der herrschenden Klassen wäre, was deren Staatsmännern einen Anhaltspunkt gäbe, um die Bourgeoisie und deren Anhang in sozialistischer Tollhanserei zu treiben. Wenn wir erklären, man könne Revolutionen nicht machen, wenn wir es für unsinnig, ja verberlich halten, eine Revolution anzufangen zu wollen, und wenn wir dementsprechend handeln, so geschieht dies nicht den deutschen Staatsanwälten zu Liebe, sondern im Interesse des kämpfenden Proletariats. Und die deutsche Sozialdemokratie ist darin einig mit allen ihren Bruderparteien. Dank dieser Haltung ist es den Staatsmännern der herrschenden Klassen bisher nicht möglich geworden, gegen das kämpfende Proletariat so vorzugehen, wie sie gerne möchten.

„So gering der politische Einfluß der Sozialdemokratie verhältnißmäßig noch ist, so ist sie doch schon in den modernen Staaten zu mächtig, als daß die bürgerlichen Politiker ganz nach Belieben mit ihr verfahren könnten.

verlesen war, legte der zweite Kassirer, indem der erste Kassirer noch krank ist, die Quartals- sowie die Jahresabrechnung vor. Die Abrechnungen wurden als richtig befunden und dem Kassirer Decharge ertheilt. Zum dritten Punkt, „Kaspportage des Verbandsorgans“, wurde, nachdem sich mehrere Redner für und dagegen ausgesprochen hatten, beschlossen, das Kaspportieren des Verbandsorgans verjuchweise einzuführen und die Regelung dem Gewerkschaftsberein zu überweisen. Zum vierten Punkt, „Unterhandlungen mit den Buchbindern betreffs ihres Guthabens von den Zimmerleuten“, wurde vom Genossen Dampfwolf, welcher der Versammlung bewohnte als Bevollmächtigter der Buchbinderorganisation, ausgeführt, daß sich die Buchbinder nicht zufrieden geben und an ihrer berechtigten Forderung festhalten und ihr Guthaben in jeder Versammlung in Anregung bringen. Redner wünscht, daß die Sache geregelt werde, da es nicht thunlich sei, daß sich zwei gewerkschaftliche Organisationen bekämpfen. Dieser Bantappel müsse im Interesse der Zimmerer-Organisation beseitigt werden. Ein Antrag von Seiten der Buchbinder, der lautet: „Die Vorstandschaft der Zimmerleute soll sich mit der Vorstandschaft der Buchbinder in's Einvernehmen setzen und die Angelegenheit der Hauptvorstandschaft der Zimmerer unterbreiten, damit die Sache geregelt werde,“ wurde gegen fünf Stimmen angenommen. Zum fünften Punkt, „Bericht der Beschwerdelokommission“, wurde angeführt, daß ein Kommissionsmitglied, trotz schriftlicher Einladung, nicht erschienen ist. Nun soll der Bericht in der nächsten Versammlung abgegeben werden. Zum sechsten Punkt, „Fachschnelle“, wurde beschlossen: In dem die Beteilung an Wochentagen sehr viel zu wünschen übrig ließe, dieselbe vom Februar an jeden Sonntag Vormittag stattfinden zu lassen.

Stendal. Am 3. Dezember v. J. tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der vom Vorstände zunächst bekannt gegeben wurde, daß in verschiedenen Wirtshäusern die vom Hauptvorstande gelieferten Plakate ausgehängt seien. Dann wurde beschlossen, daß Mitglieder, die über vier Wochen arbeitslos sind und sich jede Woche einmal beim Kassirer melden, sowie kranke Mitglieder vom Beitrage befreit sind. Die Reiseunterstützung wird hier vom Herbergswirth ausgezahlt, und in dieser Versammlung wurden die diesem gegebenen Beschlüssen verlesen, diskutiert und dann noch beschlossen, daß den reisenden Mitgliedern, die hier zureisen, dann auf der „christlichen“ Herberge schlafen und den anderen Tag die Unterstützung in Empfang nehmen wollen, solche verweigert wird. — Am 7. Januar 1894 tagte dann wieder eine Versammlung, in der, nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und für richtig anerkannt worden war, sich zwei Junggefallen in den Verband aufnehmen ließen. Dann wurde vom Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1893 verlesen und die Richtigkeit derselben von den Revisoren bestätigt. Dann wurden die Statistikkarten vertheilt, wobei auch Rücksicht auf die nicht anwesenden Mitglieder sowie auf die Kameraden genommen wurde, die dem Verbands nicht angehören. Kamerad Gabe, der jetzt auswärts wohnt, übernahm die Vertheilung der Karten in der Gegend seines Wohnortes.

Tangermünde. Am 6. Januar tagte unsere leider nur schwach besuchte Mitgliederversammlung. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und für richtig befunden worden war, wurden die Beiträge erhoben und dann die Sammellisten eingezogen, das darauf gezeichnete Geld wurde einem früheren Beschlusse gemäß an die Kameraden vertheilt, die außer Arbeit sind. Dann wurde ein eingegangener Brief verlesen, diskutiert und dann beschlossen, denselben zu beantworten. Nachdem wurde über die in Aussicht stehende Lohnreduzierung beraten, wobei einige Kameraden ihre Meinung dahin äußerten, daß die ausstehenden Kameraden unterstützt werden müßten, in dessen wurden Beschlüsse hierüber weiter nicht gefaßt und die Versammlung wurde geschlossen.

Kleine Maßregeln und Maßregelungen helfen ihnen nichts; sie erbittern bloß die Betroffenen, ohne sie abzuschrecken oder ihre Kampfsfähigkeit zu verringern. Jeder Versuch aber, so einschneidende Maßregeln durchzuführen, daß das Proletariat dadurch kampfsunfähig würde, beschwört die Gefahr eines Bürgerkrieges herauf, der, wie immer sein Ausgang sein mag, auf jeden Fall ungeheure Verheerungen mit sich bringt. Das weiß heute jeder einigermaßen Einsichtige. Und wie sehr auch die bürgerlichen Politiker Ursache haben mögen, zu wünschen, daß die Sozialdemokratie möglichst bald auf eine Kraftprobe gestellt werde, der sie heute vielleicht noch nicht gewachsen ist, die bürgerlichen Geschäftsleute wollen von einem Experimente, das Jeden von ihnen ruinieren kann, nichts wissen, wenigstens so lange nicht, so lange sie nüchtern sind, so lange sie nicht der oben erwähnten Tobuchtsanfall gepackt hat. Dann freilich ist der Bourgeois zu Allem zu haben, und je größer seine Angst, desto wilder wird er nach Blut schreien.

„Die Interessen des Proletariats verlangen es heute gebieterischer als je, daß Alles vermieden werde, was geeignet wäre, die herrschenden Klassen zu einer Gewaltpolitik zu provozieren. Dementsprechend handelt auch die Sozialdemokratie.“

„Indem wir mit den vorstehenden Ausführungen die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie skizzirten, haben wir eigentlich schon zur Genüge gezeigt, daß die Sozialdemokratie auch in dieser Hinsicht mit den Anarchisten nichts gemein hat. Es bleibt nur noch Einiges über die revolutionäre Taktik der Anarchisten übrig und das wollen wir in einem dritten Artikel zusammenfassen.“

direkter Zwang thatsächlich nicht ausgeübt wird, wie man aber indirekt die Vergleute zwingt, den Wünschen der Betriebsleiter nach Uebersehichten nachzukommen, zeigt eine Notiz des „Allgemeinen Beobachters“. Dieses Blatt schreibt über die „Berge, Vereinigte Böttlingssteppen“: „Trotz des vielen Nullens angeblich wegen unreiner Kohle oder Mindermaß, trotz der großen Wagen, die genau ausgemessen, über 12 1/2 Schffel fassen, werden dem Bergmann auch noch 5 Prozent für Füllkohlen abgehalten. Allem die Krone setzt jedoch ein kürzlich erfolgter Anschlag auf. Da wurde den Vergleuten die Mittheilung gemacht, daß diejenigen Arbeiter, die in der Nacht vom 21. zum 22. November, also in der Nacht vor dem 2. bis zum 3. Dezember, also in der Nacht vor dem Sonntag gefeiert, bei event. eintretendem Arbeitsmangel zuerst entlassen werden würden.“ In beiden Nächten wurde sogenannte Uebersehicht, also Arbeit geleistet, zu welcher die Vergleute kontraktlich nicht verpflichtet sind, und die Vergleute, die sich weigerten, diese Mehrarbeit zu leisten, sind nun der Gefahr ausgesetzt, über kurz oder lang entlassen zu werden. Jeder sucht diese Gefahr zu vermeiden und unterliegt infolgedessen unerkennbar einem Zwange. Zutreffend bemerkt das Verbandsorgan der Bergarbeiter: Ein Recht, Uebersehichten zu verlangen, hat man nicht, aber ein Recht, Entlassungen vorzunehmen, wann und wo man will.

Hohe Beiträge. Der Unterstützungsverein deutscher Gutmacher veröffentlicht seine Abrechnung für das dritte Quartal 1893. Demnach zählte der Verein 2680 Mitglieder, ergab eine kleine Anzahl Arbeiter, obgleich dieselben 20 pSt. aller in der Hutindustrie beschäftigten Arbeiter ausmachen. Sehen wir uns aber auch die Einnahmen dieser kleinen Organisation an:

Rassenbestand der Hauptkasse ult. Juni 1893 M.	84 301,11
Rassenbestände der Mitgliedschaften " " "	16 670,75
Einnahme der Mitgliedschaften " " "	27 267,70
Einnahme der Hauptkasse " " "	5 751,07
Summa M.	133 990,63

Hierdurch werden gewiß viele große Organisationen in Schanden gestellt. Ueber die Leistungen der Organisation geben folgende Daten Aufschluß:

Für Arbeitslose auf der Reise wurden in 2215 Fällen M. 5484,30 und für solche am Orte, sowie Umzugskosten und Fahrgehalt insgesamt M. 5104,98 bezahlt und entfallen davon auf 115 Mitglieder für 2705 Tage M. 4098,85, sowie an 15 Mitglieder, welche ihr Domizil wechseln mußten, M. 388,55, und an 49 Mitglieder, welche behufs Arbeitsannahme nach einem anderen Ort reisten, M. 615,78 an Fahrgehaltentschädigung, an die Familien abgereifter Kollegen wurden in 5 Fällen M. 50 als Unterstützung gezahlt. Im Durchschnitt entfallen für jedes am Orte arbeitslose und unterstützte Mitglied 23 1/4 Tage und M. 35,64 Unterstützung.

Am auf der Reise befindliche, besonders bedürftige Kollegen wurden in 80 Fällen M. 357,50 für Kleider und Schuhe ausgegeben.

Am gänzlich Erwerbsunfähige wurden in 61 Fällen M. 5920,75 als Unterstützung gezahlt, vorübergehend Erwerbsunfähige wurden in 322 Fällen mit M. 6497,08 unterstützt und an die Familien von 7 mit Tod abgegangene Kollegen wurden M. 325 an Unterstützung gegeben. Eine genaue Statistik über die Ursache der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit war für dieses Quartal nicht möglich, weil vielfach die Art der Krankheit in den Abrechnungsbogen nicht angegeben war; am häufigsten waren Erkrankungen äußerlicher Natur, Lungen- und Magenleiden, sowie Katarrhe und Rheumatismus als Ursache angeführt.

Die vorstehende Abrechnung mit derjenigen vom vorhergehenden Quartal verglichen, ergibt zwar eine Mehreinnahme von M. 2075,10, welcher jedoch auch eine Mehrausgabe von M. 2909,63 gegenübersteht, so daß, obwohl auf Damenhäute viele Kollegen beschäftigt waren, doch noch viele zu unterstützen blieben. Auffällig war auch die große Zahl der reisenden Kollegen, welche, weil schon so lange wandernd, mit Kleibern und Schuhen versehen werden mußten.

Als am Orte arbeitslos wurden in den Abrechnungen 196 Mitglieder mit 778 Wochen und 3 Tagen angeführt, davon 89 Verheirathete 398 Wochen 4 Tage und 107 Ledige 379 Wochen und 5 Tage. Im Durchschnitt war jedes arbeitslose Mitglied 23 1/4 Tage ohne Beschäftigung, 9 Mitglieder waren das ganze Quartal ohne Erwerb.

Die Zahl der im 3. Quartal als Mitglieder aufgenommenen Kollegen beträgt 41, die der ausgeschiedenen 64, hiervon traten 13 freiwillig aus (1 ausgewandert), 10 sind gestorben und 41 wurden ausgeschlossen.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Annaburg dauert unverändert fort. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um Streikbrecher herbeizuschaffen. Aber nicht minder wird auch von den Ausständigen, meistens organisirten Drechern und Malern, dem entgegengearbeitet, und so ist es denn gelungen, bis jetzt den Zugang fernzuhalten. Wir richten deshalb an alle Genossen und Gewerkschaften (der Streik entstand infolge einer Lohnreduktion von 10—25 pSt.) das Ersuchen, den Streikenden eure Unterstützung zu gewähren, damit die Kräfte nicht vorzeitig erlahmen, denn wir müssen den Nichtorganisirten Rechnung tragen. Die Durchführung dieses Streiks setzt die Erringung eines festen Bodens für die Sozialdemokratie in Annaburg in Aussicht, und würde auch den Saaladtreibern und Saalberweigerungen ein Ende machen. Die Durchführung dieses Streiks be-

deutet aber auch eine leitende Zentralkstelle zur Agitation auf dem flachen Lande. Den Streikenden gewährt man ja ein Verammlungstotal, aber mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß in den Versammlungen kein Maurer Zutritt hat. Nun, Genossen, zeigt auch eure Solidarität durch thätige, moralische und materielle Unterstützung, denn unser Sieg ist auch der euerige.

Sendungen nimmt entgegen Richard Krause, Maler, Annaburg, Postbezirk Halle.
Der Vorstand
des Arbeiter-Bildungsvereins Annaburg.
J. A.: Herrsdorf.

Achtung Former!

Die Lage der Nürnberger Former ist seit Jahren eine schlechte, sie sind nicht zu beneiden. Trotzdem sie zum großen Theil im Tagelohn arbeiten, stehen sie in einem Verhältnis zu ihren Familien, daß sie nicht im Stande sind, dieselben richtig, wie es sich für einen Arbeiter gehört, über Wasser zu halten.

Obwohl nun die Organisation der Former schon öfter Veranlassung gehabt hätte, gegen das rigorose Vorgehen der Fabrikanten Stellung zu nehmen, unterließen sie dasselbe, da sie sich sagten, daß die wirtschaftliche Krisis es verhinderte, in irgend einer Weise gegen die Herren Fabrikanten aufzutreten.

Die Nürnberger Formerkraft hatte schon länger davon Wind, daß der hier neugegründete Industriellen-Verband gegen sie in's Feld ziehen würde, und leider hat sich dieselbe in ihren Besürchtungen nicht getäuscht. Am 2. Januar d. J. traten verschiedene Fabrikanten vor ihre Former hin und erklärten ihnen rundweg, daß sie unter allen Umständen Akkord arbeiten müßten. Die Former sahen sich also veranlaßt, dagegen Stellung zu nehmen.

Das neue Akkordsystem in Nürnberg soll weiter nichts bezwecken, als die Löhne gewaltig herabzusetzen und die Arbeitszeit in einer Weise zu verlängern, daß die vor ungefähr 5 Jahren abgeschaffte Arbeitszeit wieder hervortreten würde, sie würde sogar noch bedeutender. Denn damals belief sich die Arbeitszeit auf 14—16 Stunden, es kam sogar vor, daß 18 Stunden gearbeitet wurde. Da nun derartige Verhältnisse unter keinen Bedingungen heraufbeschworen werden dürfen, sehen wir uns veranlaßt, unsere auswärtigen Kollegen auf das Gebahren unserer Fabrikanten aufmerksam zu machen, und ersuchen zu gleicher Zeit, Zugug fern zu halten.

Mit genossenschaftlichem Gruß
Die Kommission der Sektion der Former
des D. N. V.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Beschlüsse des österreichischen Gewerkschaftskongresses. Der Kongreß beschloß, eine „Gewerkschaftskommission“ einzusetzen, deren Mitglieder von den Wiener Gewerkschaften gewählt werden sollen. Dieselbe hat folgende Aufgaben:

Die Betreibung der Organisation und Agitation in denjenigen Industrien und Gruppen, deren Angehörige theilweise oder noch nicht organisiert sind, mit besonderer Berücksichtigung der Provinz.

Gründung von Wiberstandsfonds.
Die Statuten des Vereins, sowie der Verbände zu einem Einheitlichen und Praktischen zusammenzustellen.
Das Unterstützungswesen, als: Rechtsschutz, Reise-, Herbergs- und Vermittelungswesen zc., zu zentralisieren durch Anstrengung der Errichtung von Arbeiterbörsen.

Die von den einzelnen Vereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen zusammenzustellen, sowie statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen.
Verbände für zusammengehörende Industriegruppen, sowie einen Zentralverband aller Verbände zu bilden.

Veröffentlichung aller die gewerkschaftliche Organisation betreffenden Angelegenheiten durch das Korrespondenzblatt für die Vorstände und Vertrauensleute.
Regelung der Fachpresse.

Einem Gewerkschaftskongreß mit Zustimmung der Majorität der Organisationen einzuberufen.
Die Erledigung dieser Aufgaben ist dann noch wie folgt spezifizirt:

1. Der nach Bedarf von der Kommission einzuberufende Kongreß der Gewerkschaften wählt eine Kommission und bestimmt deren Sitz und die Zahl der Mitglieder.
 2. In dieselbe ist aus je einer Industrie- und Gewerbegruppe mindestens ein Vertreter zu entsenden.
 3. Die Kommission hat alle Gegenstände gemeinschaftlicher Natur zu berathen und in entsprechender Weise zur Durchführung zu bringen, für gemeinschaftliche Agitation und Organisation, sowie für gemeinschaftliche Aktionen, wie beispielsweise bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung zc. zc. Sorge zu tragen.
 4. Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf und wählt aus ihrer Mitte einen Sekretär.
 5. Aus den Einnahmen, wie sie derselben zufließen, bestreitet selbige die notwendigen Ausgaben, besorgt die laufenden Geschäfte, Agitation zc. nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel, ebenso die Herausgabe des Korrespondenzorganes, welches nach Bedarf erscheinen soll.
 6. Die Kontrolle über das Gebahren der Kommission haben abwechselnd nach der Wahl die verschiedenen Organisationen zu führen.
- Es wird folgende Gruppeneintheilung beschlossen:
- Gruppe 1. Bauarbeiter; 2. Bekleidungs-Industrie; 3. Bergarbeiter; 4. Chemische Industrie; 5. Eisen- und Metall-Industrie; 6. Glas- und Wasserarbeiter; 7. Glas-, Porzellan- und Thonwaren-Industrie; 8. Graphische

Fächer und Papier-Industrie; 9. Handelsgewerbe und Angestellte; 10. Holzarbeiter; 11. Horn-, Wein- und Schildkröten-Industrie; 12. Landwirtschaftliche Gruppe; 13. Lebensmittelbranche; 14. Leder-Industrie; 15. Textil-Industrie; 16. Verhehrs- und Transportwesen; 17. Weibliche Hand- und Maschinen-Industrie.

Aufgaben der Vereine gegenüber der Gewerkschafts-Kommission. Jede Organisation hat pro Monat an die Gewerkschafts-Kommission einen Beitrag von einem Kreuzer pro Kopf zu leisten. Von diesen Beiträgen sind zunächst die Kosten des Blattes, Verwaltung, Agitation zc. zu bestreiten.

Jede Organisation ist verpflichtet, die statistischen Erhebungen der Kommission zur allgemeinen Zusammenstellung und Veröffentlichung zu übermitteln, sowie einen vierteljährlichen Bericht über Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, Rechtsschutz und Vermittelungswesen zc. einzusenden, respektive die bezügliche Fragebogen der Kommission genau zu beantworten.

Von etwaigen Streiks der Kommission zu berichten, wo möglich und nach Thunlichkeit deren Gutachten einzuholen.

Sich bei Streiks gegenseitig zu unterstützen, oder wenn es die Nothwendigkeit erheischt, das einzelne Industriezweig sich dem Streik anschließen, dasselbe zu vollführen.

In den Verbandstagen und Kongressen die Kommission einzuladen.

Die Beschlüsse der Kommission, sowohl der gemeinsamen Versammlungen, der Vertreter der Vereine, sowie der Gewerkschafts-Kongresse zu beachten und einzubalten.
Die Kommission bei den Erhebungen über Statistik zu unterstützen.

Vorschläge in Beziehung auf Organisation zu machen.
Weiter wird der Antrag der Kommission zu Punkt 5: „Organisation und Sekretariat“ angenommen, welcher lautet:

1. Um die schönen Worte von Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ zur Thatfache zu machen, um weiter eine allen Theilen schädliche Zersplitterung der Kräfte zu verhindern, organisiren sich die Arbeiter industrieweise zu großen, starken und umfangreichen Organisationen. Die Gründung von kleinen Organisationen für einzelne Branchen ist nur aus taktischen Gründen zu befürworten.
2. Alle verwandten Berufsorganisationen, welche auf Selbstständigkeit beruhen, verbinden sich untereinander und bilden Verbände, welche sich über das ganze Reich erstrecken, wodurch sie ihrer Aufgabe bedeutend näher gebracht werden.
3. Die Verbände treten dann wieder in ein Gegenseitigkeitsverhältnis zusammen, demzufolge sie mit der Gewerkschafts-Kommission verbunden sind.
4. In kleinen Provinzorten vereinigen sich die einzelnen kleineren Berufe zu einer Gewerkschaftsgruppe und theilen sich eventuell in Sektionen.
5. Durch diese Verbindung werden dann die gemeinsamen Aufgaben, wie: Statistik, Arbeitsvermittlung, Reiseunterstützung und Errichtung von Herbergen zc. zc. nach Thunlichkeit, mit Berücksichtigung der einzelnen Interessenten, in einer für alle Theile zweckentsprechenden und vortheilhaftesten Weise durchgeführt.
6. Die Eintheilung der einzelnen Berufe in die Gruppen erfolgt nach eigener Wahl.
7. Die einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen-Verbände regeln unter sich alle ihre internen Sachinteressen und sonstigen Angelegenheiten und haben fortwährend mit der Zentrale, der Kommission, in Verbindung zu stehen, sowie derselben von allem Wichtigen Bericht zu erstatten.
8. Diese konstante Verbindung der einzelnen Berufe durch die Kommission hat so lange vor sich zu gehen, bis sich die diversen Verbände gebildet haben.

Sehr beachtenswerth sind dann noch folgende Beschlüsse:

1. Jeder Arbeiter, der sich als Genosse der sozialdemokratischen Partei bekennt, muß auch Mitglied der Gewerkschaft seiner Branche sein.
 2. Der Kongreß verpflichtet die Genossen, in allen bestehenden Organisationen dahin zu wirken, daß in Zukunft, dem Beschluß des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie 1891 konform, überall auch die Frauen in die Organisationen aufgenommen werden, und daß in den zu schaffenden Gewerkschaftsorganisationen die arbeitende Frau dieselben Rechte und denselben Schutz findet, wie der arbeitende Mann.
 3. Der Kongreß beschließt: Die Bildungs-, Fach- und Gewerbevereine der Provinz und Wiens sind der gewerkschaftlichen Organisation zuzuziehen, sobald dieselben ihre Statuten in die von der Kommission vorzuschlagende Normfassung bringen.
- In Bezug auf Streiks ist folgender Beschluß gefaßt worden:
- In Erwägung, daß die bisher geführten Streiks zur Erhaltung besserer Arbeitsbedingungen größtentheils zu Ungunsten der Arbeiter ausfielen und demnach die Erfahrung zeigt, daß nur nach genauester Erwägung zur Arbeitseinstellung gegriffen werden soll, beschließt der vom 24. bis 27. Dezember 1893 in Wien stattfindende Gewerkschaftskongreß:
- „Angefaßt der ohne Unterschied in allen Arbeitszweigen vorherrschenden elenden Verhältnisse in Bezug auf Lohnhöhe, als auch auf die anderen Arbeitsbedingungen, ist die Arbeiterschaft nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Eines der wichtigsten und wirksamsten Mittel hierzu ist unstreitig die wohlorganisirte und wohl vorbereitete Arbeitseinstellung.

Indem der Gewerkschaftskongress so den Streit als im Prinzipie berechtigt erklärt, giebt er gleichzeitig dem festen Entschlusse Ausdruck, die kämpfenden Genossen in brüderlicher Solidarität zu unterstützen. Da aber zur siegreichen Durchführung des Streits nicht nur die moralische, sondern neben derselben auch die materielle Unterstützung für die im Kampfe Stehenden maßgebend muß, so kann die Unterstützung nicht wie bisher vom bloßen Zufalle abhängig gemacht, sondern soll dieselbe in nachstehender Weise geregelt werden.

1. Jeder Streit — Werkstättenstreit ausgenommen — müsse an die jeweilige Kronlands-Zentralleitung zur Anmeldung gelangen, welche unverzüglich die Gewerkschaftskommission hiervon zu verständigen hat.

Streits, welche weder bei der Gewerkschaftskommission, noch bei der Kronlands-Zentralleitung angemeldet wurden, verlieren, wenn der Ausbruch des Streits nicht ein unvorhergesehener und durch begründete Umstände bedingter ist, den Anspruchs auf Unterstützung. Wenn gegen den Beschluß der hierüber zu entscheidenden Leitungen die Arbeitseinstellung erfolgt, so begeben sich die in den Streit Treitenden des Anspruchs auf Unterstützung. Der Gewerkschaftskommission, sowie den Kronlands-Zentralleitungen steht jedoch das Recht zu, Gelegenheit zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu geben.

2. Die Unterstützung wird aufgebracht durch die von der Gewerkschaftskommission an sämtliche Organisationen zur Herausgabe gelangenden Blöcke im Detailbetrage von einem Kreuzer.

Diese Blöcke gelangen, sobald eine Arbeitseinstellung durch die Gewerkschaftskommission gutgeheißen wurde, über Auftrag derselben durch das Korrespondenzblatt, oder aber auch, wenn besondere Umstände es notwendig machen, durch schriftliche Mitteilungen vom Tage des Bekanntgebens bis zur Beendigung des Streits durch die Vertrauensmänner der Organisationen zur Herausgabe und müssen die hierfür erhaltenen Beträge je nach dem Orte, wo der Streit stattfindet, an die Gewerkschaftskommission oder an die Kronlands-Zentralleitung wöchentlich zur Abfuhr gelangen.

3. Die nach Beendigung des Streits einlaufenden und nicht mehr zur Unterstützung notwendigen Geldebeträge werden direkt an die Gewerkschaftskommission übersendet und bilden deren Reserveverwehrendsfonds.

In Bezug auf die Presse ist folgende Resolution gefaßt worden:

„Der Kongress beschließt, in Bezug auf die Fachpresse, ebenso wie in puncto Organisation für die Zusammenfassung der Kräfte einzutreten und die Zersplitterung an Geld und Kraft zur Wahrung der Interessen der Gesamtarbeiterchaft zu verhindern. Es ist Sorge zu tragen, daß für jede Industriebranche nur ein Fachblatt bestehe, welches für alle zugehörigen Branchen einzutreten hat. Wo mehrere schon bestehen, ist eine Verschmelzung anzubahnen und vorzunehmen. Dadurch würden die einzelnen Blätter von Kalamitäten befreit, die Gruppenorgane leistungsfähiger gemacht und in die Lage versetzt, ihre Aufgabe voll und ganz zu erfüllen. Nur dadurch werden die ewigen Klagen in den verschiedenen Blättern verschwinden und eine systematische Lösung dieser brennenden Frage herbeigeführt werden. Beim Erscheinen eines Blattes ist die Meinung der Kommission einzuholen, um einem Nichtprosperieren vorzubeugen. Das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaftskommission“ soll von nun an in deutscher, tschechischer und nach Bedarf in anderen Sprachen erscheinen.“

Diese Resolution ist aber nur mit der dazugegebenen Motivierung verständlich, wir fügen daher die hauptsächlichsten Ausführungen des Antragstellers dazu. Derselbe führte aus:

„Wer die Gewerkschaftsblätter zur Hand nimmt, muß einsehen, daß es Zeit ist, eine Regelung herbeizuführen. Schamgefühl muß in dem Leser aufsteigen, wenn er die Klagen über die schlechten finanziellen Zustände liest. Auch macht es den Eindruck, als ob man in Desterreich noch nicht wüßte, was die Aufgaben der Gewerkschaftspresse sind. Ein Theil derselben befaßt sich mit allem Möglichen, nur nicht mit den gewerkschaftlichen Fragen; oft sieht es so aus, als ob sich gewerkschaftliche und politische Blätter gegenseitig Konkurrenz machen wollten. Es giebt weiter Blätter für kleine Branchen, die nur ein paar Hundert Exemplare Auflage haben, so daß nicht einmal der Satz damit bezahlt werden kann. Wir müssen wenigstens eine Besserung anbahnen, müssen trachten, daß nicht noch einige kleine Blättchen entstehen. Wir müssen auch hier die Kräfte zusammenfassen, und die weniger zahlreichen aber größeren Gruppenblätter werden gedeihen und ihre Aufgabe erfüllen können.“

Man kann also sagen, auf irgend welchem „Prinzip“ ist nirgends herumgeritten worden, die gefaßten Beschlüsse ergeben sich gewissermaßen als Nothwendigkeit aus der Situation, in der sich die österreichischen Gewerkschaftsorganisationen befinden. Soweit dieselben der Entwicklung einen Weg vorschreiben wollen, werden dieselben ebenso Frastok machen, als derartige Beschlüsse in Deutschland bisher Frastok gemacht haben. Indessen lassen sich solche Beschlüsse nicht leicht vermeiden.

Ueber die Zimmererorganisation in Dänemark können wir mittheilen, daß dieselbe der unseren in Bezug auf ihre Einrichtungen ganz ähnlich ist. Dieselbe besteht seit 1890 und hat in 33 Orten Zweigvereine (Lokalverbände), von denen sieben 1890, zwölf 1891, fünf 1892 und neun 1893 gegründet worden sind. Der Hauptort ist Kopenhagen. In 32 Orten, wo der Zimmerer-Verband Filialen hat, arbeiten nach einer uns vorliegenden Statistik zusammen 2221 Zimmerer — aus einem Orte

fehlt die diesbezügliche Angabe —, zur Organisation gehören davon 2132 Zimmerer, also über 92 Prozent. Obenan steht Kopenhagen, wo 1150 Zimmerer arbeiten, von denen 1099 organisiert sind. Hieran könnten sich besonders unsere Kameraden in der Hauptstadt des deutschen Reiches ein Vorbild nehmen. An Beiträgen gingen im Jahre 1893 Kr. 4219,64 (ungefähr M. 4746,37) von den Filialen bei der Hauptkassa ein.

Gewerbegerichtliches.

Was ein sogenannter Unus bedeutet, zeigte sich kürzlich in einer Gewerbegerichtsverhandlung in Berlin. Die Rohbedenarbeiter St. und K. klagen gegen den Bauunternehmer Löwe auf Zahlung einer Lohnentschädigung für 75 Stunden, während der sie, wie sie sagen, auf Material haben warten müssen. Außerdem beanspruchen sie je M. 80 Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Durch das Zeugniß der Rohbedenarbeiter Gebert und Schmidt wird die Richtigkeit der klägerischen Behauptung betreffs der 75 Wartestunden erwiesen. Die Zeugen bestätigen übereinstimmend, daß auf den Bauten des Herrn Löwe, was das Heranschaffen des Materials betrifft, eine „grenzenlose Bummellei“ geherrscht habe. Der Beklagte bestritt, die Kläger zu Unrecht entlassen zu haben, und giebt an, dieselben hätten ihn bestohlen. Der Bauherr Sachs habe ihm mitgeteilt, der mit dem anderen Kläger zusammenarbeitende K. habe eines Tages — wenige Tage vor seiner Entlassung — Latten durchgeschnitten, ein ganzes Bünd, und die eine Hälfte einem Jungen mit nach Hause gegeben. Herr Sachs sagt dasselbe aus. Der Kläger K. erklärt den Vorgang folgendermaßen: Auf allen Bauten sei es „Unus“, daß sich die Kollegen die Lattenabfälle mitnehmen. Thäten sie es nicht, dann würden es die Pußer oder andere Bauarbeiter thun. Und so habe er an dem betreffenden Tage im Vollgefühl seines Rechts dazu, längere Abschnitte, nicht die Hälfte eines in der Mitte durchgeschnittenen Bündes Latten, dem erwähnten Jungen für seine Mutter gegeben, weil derselbe öfters Schnaps und Bier für ihn und mehrere Kollegen geholt habe, die auf dem Bau „zu Besuch“ waren. (Es ist im Baugewerbe „Sitte“, daß Arbeitslose ihre arbeitenden Bekannten auf der Arbeitsstätte besuchen und dort traktirt werden — wenn der Polier „nisch da jehen“ hat.) Uebrigens habe er, wie es auch alle seine Kollegen thäten, schon oft unbeanstandete Abschnitte für sich verwerthet. Sein Mitkläger St. behauptet mit derselben Entschiedenheit wie er, daß das Mitnehmen solcher Abschnitte auf allen Bauten Unus sei und Niemand dagegen etwas einwende. Er, St., wäre bei der in Frage stehenden Weggabe von längeren Abschnitten nicht theilhaftig gewesen. Die Zeugen Gebert und Schmidt stellen bezüglich des vielgenannten „Unus“ dieselben Behauptungen auf wie die Kläger. Der Zeuge Gebert sagt u. A. aus, er selbst sei mit 2—3 Bünd Lattenabschnitten unter dem Arm an Herrn Löwe mal herangeritten und habe ihn darauf aufmerksam, daß er die mitnehme. Dieser habe hierauf lächelnd geäußert: „Da sehe ich ja, wo meine Latten bleiben, laßt mir man auch noch ein paar Abschnitte.“ Der Beklagte betont, eine Erlaubniß zum Mitnehmen der Abschnitte Niemandem erteilt zu haben. Jetzt kommt derselbe auch mit dem Einwand heraus, die Kläger hätten täglich entlassen werden können, sie seien ohne Kündigung angenommen worden. Das Gericht fällt ein Theilurtheil. Der Beklagte wurde verurtheilt, an die Kläger je M. 37,50 für 75 Stunden zu zahlen. Das Gericht sah als erwiesen an, daß die Kläger wirklich so lange haben fernern müssen, weil ihnen nicht genügend Material zur Verfügung stand.

Wit der Lohnentschädigungsforderung wegen der Entlassung wurde der Kläger K. abgewiesen. Das Gericht nahm an, daß Kläger sich rechtswidrig Baumaterialien angeeignet hat, worin ein Diebstahl zu erblicken sei. Somit habe auf jeden Fall ein Entlassungsgrund vorgelegen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zehn Tage Gefängniß soll der Vorsitzende des Arbeitervereins in Dobna (Sachsen) abgeben, weil er sich gegen das Vereinsgesetz verhalten haben sollte. Diese Strafe war ihm einfach durch amtlicher Strafbefehl zudiktirt worden. Die ganze „Straftthat“ bestand darin, daß er auf dem Platze eine andere und zwar frühere Stunde für Anfang der Versammlung angegeben hatte, als in der polizeilichen Anmeldung. Außerdem war die Wanderversammlung des Vereins durch Platate als eine öffentliche bekannt gemacht worden. Da sich aber in dem betreffenden Nachbarorte, wo die Versammlung tagen sollte, ein Einberufer nicht fand (was nach sächsischem Vereinsgesetz nötig ist), so überlebte man nachträglich die Platate und machte eine Vereinsversammlung daraus. Einige Platate nur waren nicht überklebt worden und so mußte auch dies mit gerochen werden.

Die Glauchauer Amtshauptmannschaft hat dem Vorstand des Gesangsvereins zu Thurm angezeigt, daß der Verein dem Vereinsgesetz vom 22. November 1850 unterstellt sei. Diese Maßregel wird damit motivirt, daß die Erdörterungen ergeben haben, der Verein beschränkte sich nicht bloß auf die Pflege des Gesangs, sondern bringe an seinen Unterhaltungsabenden auch Vorträge zu Gehör, die politische Fragen zum Gegenstand haben. Darnach beschäufte sich der Verein mit „öffentlichen Angelegenheiten“ und falle somit unter das Vereinsgesetz.

Es richtet sich gegen simple Arbeiter, und dabei kann in Sachsen viel riskirt werden. Politik treibende Kriegervereine bleiben nach wie vor unbehelligt; Sachsen ist ja Rechtsstaat.

Wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung in „idealer Konkurrenz“ mit grobem Unfug wurde der Genosse Paul Kühn in Breslau am 25. Oktober v. J. vom dortigen Schöffengericht zu M. 51 verurtheilt. Von der Berufungsinanz, welche die Sache vor einigen Tagen verhandelte, wurde das Urtheil bestätigt. Die „Sachbeschädigung“ hat während der Reichstagswahl stattgefunden und soll darin bestanden haben, daß Kühn an mehrere Häuser mit Pinsel und Farbe angeschrieben hatte: Wählt Schoenlant! Die Einwendungen des Vertheidigers, daß durch die entstandenen Säuberungskosten höchstens eine Vermögensschädigung vorliege, eine Sachbeschädigung, da das Haus dadurch im Werthe nicht gesunken sei, nicht gefunden werden konnte, ließ der Gerichtshof nicht gelten, sondern verkündete sein Urtheil dahin, daß in diesem „Beschnieren“ der Häuser mindestens eine vorübergehende Sachbeschädigung vorliege. Es hätte ja Vordem die Absicht haben können, das Haus zu kaufen, der dann an der Beschmutzung Anstand genommen und dadurch hätte dem Besitzer wohl eine „zeitweilige“ Schaden zugefügt werden können. Die Berufung wurde dann verworfen und das erstinstanzliche Urtheil aufrecht erhalten.

Arbeiterversicherung.

Versicherungswesen. Gegen Krankheit sind jetzt 7 1/2 Millionen, gegen Invalidität 11 Millionen und gegen Unfall 18 Millionen Deutsche versichert; durch die Novelle zum Unfallversicherungsgezet, wonach auch alle selbstständigen Handwerker gegen Unfall versichert werden sollen, dürfte die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen auf 20 Millionen steigen. Wie es aber mit der „Versicherung“ bestellt ist, zeigt recht drastisch folgender Fall:

Am 23. Februar 1891 verunglückte der Schlosser K., welcher bei der Firma Gruson in Magdeburg beschäftigt war, beim Montiren eines preussischen Panzerthurms dadurch, indem die beiden Hilfsarbeiter das Geschütz zu früh entgleiten ließen, und K. eine Quetschung erlitt. Nachdem der Unfall in Kraft trat, konstatirte der Unfallarzt Dr. Fischer in Magdeburg, daß K. nicht arbeitsfähig sei und bewilligte die volle Rente auf Grund folgender Fehler:

„Lungen, Herz, Nieren- und Nervenleiden infolge des Unfalles.“

Die volle Rente bezog K. bis Oktober 1892. Dann wurde dieselbe auf 50 pSt. reduziert, und wurde diese Kürzung dadurch motivirt, daß K. zum Theile arbeitsfähig sei.

Auf Einspruch des K. wurde selbiger neuerdings untersucht, und schloß sich der mit der Untersuchung betraute Professor Unterricht dem Gutachten des Unfallarztes an, nur mit dem Bemerkten, daß das Lungenleiden schon von früher herrühre und nicht vom Unfalle.

Nun ging K. zum Reichs-Versicherungsamte, wurde auf Beschluß dieses abermals untersucht, jedoch auf Grund der ärztlichen Gutachten abgewiesen. Da K. von der Rente von M. 36 seine Familie nicht erhalten konnte, schrieb er an das Grusonwerk, in welchem er berunglückte, und bat um Beschäftigung irgend welcher Art.

Die Direktion versprach ihm selbe, stellte ihn auch ein, doch verlangte die Fabrikkrankenkasse eine nochmalige Untersuchung.

Der mit der Untersuchung betraute Kassenarzt Dr. Ende konstatirte, daß K. nicht arbeitsfähig sei, und war Dr. Ende derselbe Arzt, welcher K. einige Jahre früher bei der Aufnahme als gesund erklärte. Dergleichen befißt K. mehrere Atteste von anderen Kassenärzten, welche alle ihn für gesund erklärten vor seinem Unfalle. K. war vor seinem Unfalle niemals krank, bezog niemals irgend welches Krankengeld, war 3 Jahre Soldat ohne jemals krank gewesen zu sein, und doch wollten die Aerzte seinen Lungenfehler nicht mit dem Unfall in Einklang bringen, und wurde seine Rente von 50 pSt. abermals und zwar um 25 pSt. gekürzt. K. erhob Widerspruch und wurde vom Reichs-Versicherungsamte, welches den Termin am 16. Dezember ansetzte, abermals abgewiesen.

Ist es da zu verwundern, wenn trotz aller Versicherungen arbeitsunfähige Arbeiter sammt ihren Familien verhungern?

Welche Anstrengungen seitens der Unternehmer gemacht werden, um dem Arbeiter sein geringes Recht zu verkleinern, geht wieder recht deutlich aus nachstehendem Fall hervor: Im Jahre 1890 entließ die Hessische Ludwigsbahn den Weidenwärtler Schmitt aus Bodenheim, welcher seit 1860 in ihrem Dienste gestanden und weigerte sich, ihm Pension zu zahlen, weil er sich weigerte, einen Wasserbruch, den er sich in jenem Jahre im Dienste der Bahn zugezogen, operiren zu lassen. Durch Dr. Jourdan klagte Schmitt gegen die Bahn auf Pensionszahlung, vor Gericht erklärten verschiedene Aerzte zeugeneidlich, die Operation, welche der Kläger nicht machen lassen wollte, sei leicht und nicht gefährlich, die Operation würde den Kläger wieder diensttauglich gemacht haben. Das Landgericht Mainz und das Oberlandesgericht Darmstadt wiesen nun die Klage ab, da sich der Kläger nach früher ergangenen Entscheidungen des Reichsgerichts der angebotenen Operation habe unterziehen müssen, durch seine Weigerung sei er der Pension verlustig gegangen. Das Reichsgericht erklärte dieses Urtheil für unrichtig und verwies es an das Oberlandesgericht zurück. Die von den anderen Gerichten angeführten Entscheidungen seien bei Klagen auf Schadenersatz ergangen, in diesem Falle handle es sich um Klage auf Erfüllung vertragsmäßiger Verpflichtungen. Das

Oberlandesgericht verurtheilte nunmehr die Ludwigsbahn dem Klageantrag entsprechend zur Pensionszahlung. Und dies von Rechts wegen!

Vermischtes.

Die Zeitungen in Deutschland. Für geistige Nahrung sorgen nach der amtlichen Zeitungsliste im Deutschen Reich nicht weniger als 10 546 Zeitungen und Zeitschriften, und zwar 7630 Stück in deutscher Sprache (gegen 7416 Stück im Jahre 1893) und 2916 Stück in 33 fremden Sprachen (gegen 2847 Stück in 32 fremden Sprachen im Jahre 1893).

Aus dem amerikanischen „Stromerleben“. Das vor etwa 20 Jahren in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch so gut wie völlig unbekanntes Stromerthum ist gegenwärtig zu einer förmlichen Landplage ausgeartet, fast schlimmer als in Rußland. Die riesige Ausdehnung des Landes von Norden nach Süden ermöglicht es den Landstreichern, Tag und Nacht unter freiem Himmel zu wohnen, wenn sie nur darauf bedacht sind, rechtzeitig ihre Wanderung vom unwirthlichen Norden nach dem sonnigen Süden anzutreten, nach Louisiana und Florida, wo Orangen und Myrthen blühen, während in Newyork und Massachusetts der Schnee sechs Fuß hoch auf der Ebene liegt. Bei diesen Wanderungen müssen die Eisenbahnen ausweichen. Geld hat der Stromer nicht, er fährt daher meistens „fünfter Klasse“, wie man in Deutschland sagen würde, d. h. er sucht sich einen Platz auf den Wagengestellen, Trittbrettern, Puffern usw. zu verschaffen. Er kann sich allerdings bei Güterzügen auch oben auf den glatten Wagendächern herumdrücken, riskirt aber dabei, hinabgeschleubert zu werden, sobald der Zug mit voller Geschwindigkeit fährt. Die Zugbediensteten stehen dieser Sorte von Reisenden meistens nicht sehr freundlich gegenüber und mehr als ein Landstreicher hat schon seinen Tod dadurch gefunden, daß man ihn während der Fahrt vom Zuge hinabwarf. Ein Zeitungsreporter, der einige Wochen lang unter die Stromer ging, um deren Lebensweise zu erforschen, berichtet hierüber: „Mein schlimmstes Erlebnis hatte ich, als ich eines Tages versuchte, auf einem Frachtwagen der südlichen Pacificbahn zu fahren. Ich hatte mich an die Seite eines Viehwagens gehängt, um nicht dem Bremser in den Weg zu kommen; der bemerkte mich schließlich aber doch und befahl mir, oben heraus zu kommen. Hier wurde ich gezwungen, alle meine Taschen umzukehren, um ihn zu überzeugen, daß ich kein Geld bei mir hatte. Während darüber, daß ich ihm nicht einmal ein Zehnjentstück geben konnte, sagte er: „Nun strampel auf dem Riez herum, ich kann Dich nicht auf diesem Zug mitnehmen.“ Ich erklärte ihm pagig, ich würde nie den Zug verlassen, wenn er nicht anhielte. „So,“ versetzte er, „das wollen wir sehen.“ Und nun jagte er mich eine Viertelstunde lang auf dem ganzen Zug herum; doch konnte ich ihm immer entweichen, bis sich auch noch der Zugführer zu ihm gesellte. Jetzt wurde ich dermaßen in die Enge getrieben, daß ich an einem Viehwagen seitlich hinaufklettern mußte. Meine beiden Feinde quälten mich unausgesetzt, spien auf mich und fluchten fürchterlich. Schließlich kletterte der Zugführer ebenfalls hinauf und trat mir auf die Finger, so daß ich loslassen mußte und auf den Boden stürzte. Zum Glück fuhr gleichzeitig der Zug langsamer und es geschah mir kein besonderes Leid; wahrscheinlich hatte ich dies dem Lokomotivführer zu verdanken, der überhaupt gewöhnlich der gute Kerl den Stromern gegenüber ist. Aber ich mußte mich jenen Nachmittag fünf deutsche Meilen weit auf Schusters Rappen schleppen ohne etwas zu essen und ohne einen Schluck Wasser. Die Landstreicher des Nordens wählen gewöhnlich den Oktober für die Reise nach dem Süden, und New-Orleans ist dann ihr Mecca. Ich bin einmal in diesem Monat auf einem einzigen Güterzug der Illinois-Zentralbahn 73 Kameraden begegnet, die alle nach Louisiana oder Florida gingen, gleich dem im Herbst südwärts ziehenden Wandervogel. Eine neue Erscheinung übrigens in der Geschichte des Stromer-Bahnverkehrs bestand in diesem Jahre darin, daß sich da und dort eine größere Anzahl Gebrüder Straubinger zusammenschloß und die Zugbediensteten mit den Waffen in der Hand einfach terrorisierte und zwang, nach ihren Weisungen zu fahren. Freilich dauerte die Herrlichkeit niemals lange, immer nur bis zur nächsten Haltestelle.“

Die soziale Lage der Tabakarbeiter Deutschlands, zusammengestellt nach den Ergebnissen des Kongresses der Tabakarbeiter, abgehalten in Berlin vom 19.—25. November 1893. Herausgegeben im Auftrage des Kongresses von der Kongresskommission. Zu beziehen durch Carl Budy, Berlin, Stralsunderstraße 17, 2 Tr. Preis 50 M.

Das Fest ist 120 Seiten stark und entrollt zwar ein düstres, aber um so wahreres Bild über die gegenwärtige Lage der Tabakarbeiter. Wir brachten in unseren Nr. 49 und 50 in kurzen Zügen die Entwicklungsgeschichte der Tabakindustrie in Deutschland, wor die selbe gelesen hat, der wird auf das vorliegende Fest nicht verzichten wollen; wir können dasselbe bestens empfehlen.

Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung. Von Dr. H. Luz. Zweite, neu bearbeitete Auflage. (Berliner Arbeiter-Bibliothek, III. Serie, 4. Heft.)

In keiner anderen Erscheinung unserer heutigen Gesellschaftsverfassung treten ihre Schäden in so schauererregender Weise zu Tage, wie in der Prostitution, und bei keiner anderen Erscheinung rümpfen die Hüter dieser Gesellschaftsordnung so sehr die Nase, wie bei ihr. Sie ergeben sich in Tiraden sittlicher Entrüstung über dieses Teufelswerk, das nach pfäfflicher Auslegung der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur entstammt. Schiden sie sich an, es zu bekämpfen, so ergreifen sie in Verkennung der wirtschaftlichen Ursachen des Übels gerade Maßregeln, die es noch verschlimmern. Sie verstärken die Fesseln der heutigen Gesellschaftsordnung, deren Druck diese eiternden Wunden hervorgebracht hat. Demgegenüber erkennen die Vorkämpfer einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung ihre Aufgabe darin, durch gründliche und vorurtheilsfreie Forschung die tieferen Ursachen der Prostitution, wie auch aller anderen Gesellschaftschäden, aufzudecken. Sie kommen dann sammt und sonders zu dem Schluß, daß die Prostitution eng verknüpft ist mit der Grundorganisation einer Gesellschaft, die Alles und Jedes künstlich zu machen sucht, und daß deshalb nur mit der Beseitigung dieser herrschenden Ordnung der künstlichkeit auch die künstlichkeit des Geschlechtsverkehrs sich beseitigen läßt. In diesem Sinne hat auch Genosse Luz die schwierige Frage der Prostitution in der vorliegenden Broschüre behandelt und ist zu dem gleichen Schluß gekommen.

Au die Scholle gefesselt. Drama aus dem Arbeiterleben von Paul Gent. Verlag von A. Hoffmann, Pantow-Berlin. Preis 30 M., 8 Exemplare, Partien für alle Mitwirkenden M. 1,80, mit Porto M. 1,90.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

* Einmal wegen Raummangels, dann aber auch, weil der Redakteur am Dienstag verreist war, mußten die Berichte aus Kiel, Bremen, Brinkum und Dresden zur nächsten Nummer zurückbleiben.

Berlin, N. N. Melben Sie die Versammlungen im Voraus an, uns ist das ganz recht. Vor einiger Zeit ist ein Brief an Sie abgegangen, haben Sie denselben nicht erhalten?

Malchin, B. Der Bericht erscheint bereits in dieser Nummer, ist uns aber erst in letzter Woche zugegangen. Bei dem regen Postverkehr zu Neujahr ist es ja möglich, daß der Brief irgendwo liegen geblieben ist.

Salbe, G. D. Am 31. Juli ist bei Kamerad Müllerstein Geld für die Anzeigen in Nr. 6 und 12 eingegangen, also das für die Anzeige in Nr. 25 fehlt noch.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Barmen.** Sonntag, den 28. Januar, bei Wälfing, Oberbörner- und Rüdigerstraßen-Ecke.
- Bergedorf.** Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags 4 Uhr, in „St. Petersburg“.
- Berlin (Bezirk Moabit).** Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Lange, Stromstraße 28.
- Berlin (Bezirk Oken).** Mittwoch, den 31. Januar, bei Fente, Blumenstraße 38.
- Bochum.** Sonntag, 28. Januar, in der „Germaniahalle“.
- Cughaven.** Sonntag, den 28. Januar, bei Wittwe Zier, Herberge in Ribebüttel.
- Delmenhorst.** Sonnabend, den 27. Januar, bei Gastwirth Duve.
- Dortmund.** Donnerstag, 18. Januar, im Vereinslokal.
- Danzig.** Dienstag, den 23. Januar, Breitestr. 42.
- Essen.** Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Franzen, Brandstraße.
- Flottbeck.** Sonntag, den 28. Januar, bei Schneegel in Nienstedten.
- Frankfurt a. M.** Donnerstag, den 25. Januar.
- Gaarden.** Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, bei Petersen, Ecke Schul- und Kielerstraße.
- Hannover.** Dienstag, den 30. Januar, bei Volte, Neuestraße 27.
- Salberstadt.** Dienstag, den 23. Januar, in Bollmann's Lokal, Bakenstraße 63.
- Kellinghusen.** Sonnabend, den 27. Januar.

Literarisches.

Parteiliteratur. In den letzten Tagen sind eine Reihe wichtiger Schriften für die Parteigenossen erschienen, auf die wir die Aufmerksamkeit unserer Leser lenken wollen. Soeben wurde das „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“ Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893“ ausgegeben. Der Preis von 40 M für dieses 287 Seiten starke, trefflich ausgestattete Buch, das jeder Parteigenosse besitzen muß, kann als sehr gering bezeichnet werden. Gleichzeitig werden die beiden ausgezeichneten Etatsreden unserer Abgeordneten Vebel und Liebknecht unter dem Titel: „Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern.“ Zwei Reichstagsreden, gehalten bei Beratung des Reichshaushaltsstats am 27. und 30. November 1893“ in einer sehr gut ausgestatteten, 56 Seiten großen Formals füllenden Broschüre zu dem außergewöhnlich billigen Preise von 10 M ausgegeben, so daß eine Massenverbreitung dieser vortrefflichen Agitationschrift auf pekuniäre Schwierigkeiten nicht stoßen wird.

- Lauenburg.** Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.
- Ludwigshafen.** Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Peter Schulz, Friesenheimerstraße 47.
- Neubrandenburg.** Sonntag, den 28. Januar, Pfaffenstraße 29.
- Stettin.** Dienstag, den 23. Januar, Abends 7 Uhr, bei Sudek, Charlottenthal.
- Wartin.** Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, bei Thurmann in Heppens.

Anzeigen.

Charlottenburg.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimierer. Sonntag, den 21. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Krause, Bismarckstraße 74:

General-Versammlung

Tagesordnung:

- 1. Abrechnung vom vierten Quartal.
- 2. Wahl des Vorstandes.
- 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
[M. 1,40] Der Vorstand.

Wanderunterstützung

wird ausgezahlt: In Karlsruhe bei Fr. Keller, Augartenstraße 15, 4. Et.

In Rathenow bei Gottl. Wollschläger, Gr. Hagenstraße 22, 3. Et., Nachmittags von 5—6 und Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags.

Betriebslokale, Herbergen usw.

(Jahres-Insertat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einlebung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimierer
- W. Rippe, Marussstraße 14, Eingang Grünertweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimierer.
- Julius Raumann, W., Kuhlstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimierer.
- Breslau.** Betriebslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Betriebslokal bei Joh. Bez, Töpferwiete 8.
- Danzig.** Vereins- und Betriebslokal des Lokalverbandes Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Doberan.** Betriebslokal bei Gastwirth Bull.
- Dresden.** Herberge und Betriebslokal befindet sich im „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzstraße 3. Dortselbst ist auch jeden Sonnabend Kassenabend für Verbandsmitglieder. An- und Abmeldungen werden nur dort oder in der Wohnung des Unterzeichneten entgegen genommen. Hermann Jahrig, Liebf. 6, IV.
- Zehl's Restaurant, Mittelstr. 6. Jeden Sonnabend Bahlabend der Zentralkrankenkasse und des Verbandes, sowie Aufnahme neuer Mitglieder.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
- Fürth.** Betriebslokal: Friedrich Bid, Wassergasse. Herberge: Gustavstraße, „Gasthaus zum grünen Baum“.
- Hamburg.** Zentralherberge: Diehl, große Rosenstr. 37.
- Hamburg-Gimsbüttel.** Fr. Lemde, Betriebslokal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Gilbeck.** D. Niemeier, Wandsbeker Chaussee Nr. 155, Haus 3, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Harstedt.** Betriebslokal für Zimierer, Hub. Ellerbrod, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hannover.** Versammlungslokal bei Volte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingensin, Wallhofsstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimierer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: H. Wrage, „Vollshalle“.
- Leipzig.** Betriebslokal und Arbeitsnachweis bei Winter, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Al. Fleischerstraße, J. Neubauers Restaurant.
- Lübeck.** Betriebslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hermann, Schlumacherstr. 5/16.
- Roßock.** Versammlungslokal des Zentral-Verbandes der deutschen Zimierer und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei B. Brandt, Beguinenberg Nr. 10.
- Spandau.** Zimiererherberge und Betriebslokal bei R. Schulz, Adamstraße 9.
- Stuttgart.** Betriebslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.